

Bezugspreis: Vierteljährlich 4.50 RM., monatlich 1.50 RM. frei ins Haus, vorausschickend Einzelne Nummern 10 Pf. Vollbezug: Monatlich 1.50 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.- RM., für das übrige Ausland 2.50 RM. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatlich 1.20 RM. Postbestellungen nehmen an: Leningrad, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Vorkosten in die Selbstbestimmung-Preisklasse. Erscheinung täglich.

Kriegsamt - Karte: „Sozialdemokratisches Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 6. März 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die letzte Sitzung von Brest-Litowsk.

Es ist der letzte Akt einer gewaltigen geschichtlichen Tragödie, den uns das deutsche amtliche Bureau in schönungsvoller Form übermittelt. Wir erleben in diesem Bericht noch einmal das letzte Sichauflösen eines großen Volkes, von dem uns niemals Haß getrennt hat, gegen die drückenden Bestimmungen eines Vertrages, die wir selber auf entschiedenste mißbilligen.

Daß dieses Gefühl auch den Diplomaten des Viererbundes nicht ganz ferngeblieben ist, beweist die Erklärung des bulgarischen Vertreters Tolstschew, man sei doch nach Brest gekommen, um einen dauernden Frieden zu schließen, und nicht, um den Keim für neue Kriege zu pflanzen, die Erklärung der russischen Delegation schaffe jedoch eine Atmosphäre, die mit dieser Absicht nicht übereinstimme.

So ist es in der Tat, nur daß es nicht Worte waren, die diese Atmosphäre schufen, sondern Tatsachen, aus denen die Worte entspringen. Man hat Frieden geschlossen und sich im Gefühl tödlicher Feindschaft voneinander getrennt.

Das ist ein tief beklagenswertes Ergebnis, das wir vorausgesehen und vor dem wir gewarnt haben. Der Vorstehende der russischen Delegation, Sokolnikoff, hat auch noch einmal bittere Vorwürfe an die Adresse der deutschen Arbeiter gerichtet, an deren Hilfe die russische Regierung vergeblich appelliert habe. Diese Vorwürfe sind aus dem Gefühl- und Gedankenkreis der russischen Delegation heraus vollkommen verständlich, und Herr v. Rosenbergs war nicht berufen, im Namen der deutschen Arbeiter auf sie zu antworten. Die deutschen Arbeiter stehen nicht hinter Herrn v. Rosenbergs und der von ihm vertretenen Politik.

Sehen wir den Tatsachen ruhig ins Gesicht und erklären wir offen, daß bei diesem Frieden dem Sozialismus aller Richtungen der erstrebte Erfolg verfehlt geblieben ist. Die deutsche Sozialdemokratie vermochte trotz der reichlichen Absicht durch ihre Politik nicht zu verhindern, daß ein Frieden geschlossen wurde, den die Gegner als Verständigungsfrieden nicht anerkennen konnten, den sie vielmehr als einen Gewaltpfanden nur unter Protest unterzeichneten. Ebenfalls hat der Bolschewismus, dessen schwere Fehler wir oft kritisiert haben, mit seinen aus der reinen Theorie gezogenen Methoden das Ideal des demokratischen Friedens zu verwirklichen vermocht. Vor nicht zu reden von unseren „Unabhängigen“, die zwischen deutsch-sozialdemokratischer und bolschewistischer Politik eine goldene Mittellinie suchen, die es nicht gibt und nicht geben kann.

Die Vorwürfe Sokolnikoffs richten sich auch nicht an die deutsche Sozialdemokratie, sondern an die deutsche Arbeiterschaft schlechthin, an die Arbeiterschaft ohne Unterschied der politischen Richtung. Diese hätte, das ist der eigentliche Sinn seiner Vorhaltung, in Deutschland einen revolutionären Machtkampf entfesseln müssen, um auf diese Weise den demokratischen Frieden zu erzwingen. In einem solchen Machtkampf sollten aber alle Voraussetzungen, vor allem in der Mentalität der deutschen Arbeiter selbst. Die deutsche Arbeiter sagen sich, daß durch den revolutionären Machtkampf nicht der demokratische Frieden, sondern der imperialistische Machtkampf und Gewaltpfanden gewonnen werden würde, und daß ist der Frieden, den von allen denkbaren die deutschen Arbeiter am allerwenigsten wollen.

Unter diesen Umständen konnte die deutsche Arbeiterschaft gar keine andere Politik treiben als die der deutschen Sozialdemokratie. Sie mußte ihr Heuerstes opfbieten, um Macht zu erwerben, Einfluß zu gewinnen, in der Hoffnung, es werde ihr dadurch gelingen eine Entwicklung aufzuhalten, die sie für verhängnisvoll hielt. Es ist ihr nicht gelungen. Aber denen, die ihr deswegen Vorwürfe machen, kann sie entgegenhalten, daß die einzig konsequente Methode, die es außer der deutsch-sozialdemokratischen gibt, nämlich die bolschewistische, nicht einmal den Gewaltpfanden verhindern kann, der auf Kosten des eigenen Landes geschlossen wird. Wir geben uns über die Haltung und den Einfluß der englischen und der französischen Arbeiterschaft im Falle einer deutschen Niederlage keinen Illusionen hin und möchten nicht den Tag erleben, an dem sich die Hoffnung Deutschlands nur noch an ihre Stärke und ihren alten Willen klammert. Sokolnikoff verlangt von uns etwas, was wir nicht leisten können, was jedes Land nur für sich selber leisten kann. Nur Rußland konnte Rußland helfen. . .

Brest-Litowsk, 4. März. Nachdem die russische Delegation am 1. März die Entwürfe zum Friedensvertrag nebst Anlagen und Zusatzen entgegengenommen hatte, erklärte der Vorsitzende Sokolnikow, daß er von einer Durchberatung in Kommissionen absehen wolle. Am 2. März nahmen der Vorsitzende und einzelne Mitglieder der russischen Delegation

mit den Delegierten der Verbündeten, um sich über die einzelnen Bestimmungen der Entwürfe Aufklärungen zu verschaffen. — Änderungsansprüche wurden russischerseits nicht geäußert.

Für die Unterzeichnung der Verträge wurde in gemeinsamer Einvernehmen der 3. März festgesetzt. Am 3. März, um 11 Uhr vormittags, traten die Abordnungen unter dem Vorsitz des österreichisch-ungarischen Vizekanzlers von Terezy zu einer Vollversammlung zusammen. Die Vollmachten wurden geprüft und richtig befunden. Im allseitigen Einverständnis wurde vorbehalten, daß Staatssekretär von Kühlmann und Graf Czernin ihre Unterschriften in Warschau nachtragen sollten.

Sodann gab der Vorsitzende der russischen Delegation zwei Erklärungen

ab. Die erste Erklärung befaßte sich mit Artikel IV Absatz 3 des Vertragsentwurfs, betreffend Rußlands Verzicht auf Einmischung in die Neuordnung der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse in den ehemals türkischen Bezirken Erzerhan, Sams und Batum. Herr Sokolnikow erklärte, daß diese Vertragsbestimmung eine Gebietsänderung ohne Befragung der Bevölkerung

in diesen Bezirken nur unter Protest

angenommen werde. In seiner zweiten Erklärung betonte der Vorsitzende der russischen Delegation, das deutsche Ultimatum habe die russische Republik im Zustand der Demobilisierung getroffen, Rußland sehe sich deshalb gezwungen, das Ultimatum anzunehmen und die ihm jetzt vorgelegten Verträge zu unterzeichnen. Dieser Friede sei kein Verständigungsfriede. Die russischen Randgebiete würden unter dem Vorwand des Selbstbestimmungsrechtes dem Einfluß des Gegners unterstellt, um die dort herrschenden Klassen gegen die Revolution zu schützen und die Kräfte der Gegenrevolution zu stärken. Auch in Finnland und der Ukraine würde der Vierbund die revolutionärsfeindlichen Bestrebungen, Rußland, durch den Bruch des Waffenstillstandes verewaltigt, unterzeichnen, nachdem es vergeblich an die deutschen Arbeiter appelliert habe, den Friedensvertrag, ohne in Verhandlungen darüber einzutreten.

Vizekanzler von Terezy gab seinem Bedauern über die russischen Erklärungen Ausdruck. Die Delegationen des Vierbundes hätten geoffert und gewünscht, daß am letzten Tage der Verhandlungen friedliche und verständliche Töne angeschlagen würden. Wenn die russische Delegation die Bestimmung über Erzerhan, Sams und Batum beanstandete, so müsse er bemerken, daß die russischen Parteien in der Lage gewesen wären und vollauf Zeit gehabt haben würden, darüber zu verhandeln und Änderungsansprüche geltend zu machen. Wenn sie die Entwürfe ohne sachliche Durchberatung in einzelnen

in Haus und Wagen angenommen

hätten, so befaßen sie nicht das Recht, sich darüber zu beschweren, sondern hätten dies allein zu verantworten. Jede Verantwortung und Schuld für die jetzige Lage, Rußlands müßten die Mächte des Vierbundes abnehmen, die Verhandlungen in Brest hätten bei voller Waffencube zwei Monate lang gedauert, bei sachgemäher Verwendung dieser Frist würde die russische Delegation reichlich Zeit gehabt haben, das Friedenswerk auf der zu Beginn der Verhandlungen festgesetzten Grundlage durchzuführen und zu einem gedeihlichen Ende zu führen. Der größte Teil des Materials sei überdies in den früheren Verhandlungen tatsächlich eingehend durchberaten worden. Wenn die russische Delegation später diesen Weg verlassen und jetzt auf abschließende Besprechungen verzichtet habe, so treffe die Schuld hieran ausschließlich sie selbst.

In längeren Ausführungen und unter Beibringung reichen geschichtlichen, ethnographischen und geographischen Materials trat hierauf der Vorsitzende der osmanischen Delegation, Haffi Pascha, der ersten Erklärung Sokolnikows entgegen, er erinnerte daran, daß die fraglichen drei Bezirke vier Jahrhunderte lang zur Türkei gehört hätten, daß Rußland sie als Ersatz für eine von der Türkei nicht gezahlte Kriegsschuldigung an sich gerissen und daß die Türkei, solange sie herein der Bezirke gewesen sei, von dort aus Rußland niemals bedroht habe. Den Vorwurf, daß eine Annexion vorliege, entkräftete er durch Hinweis auf den Wortlaut der von den Verbündeten vorgeschlagenen Vertragsbestimmung, wonach die Bevölkerung das Recht haben solle, ihr künftiges staatliches Schicksal selbst zu bestimmen.

General Hoffmann lenkte gegen den Vorwurf einer Verletzung des Waffenstillstandes durch Deutschland Verwahrung ein, indem er auf die Erklärungen des Staatssekretärs v. Kühlmann in der Vollversammlung vom 10. Februar verwies. Herr v. Kühlmann habe damals dem Vollkommisar für auswärtige Angelegenheiten Nipp und Nar gesagt, daß mit einem einseitigen Abbruch der Friedensverhandlungen der Waffenstillstand automatisch außer Kraft trete. Herr Terezy habe das widersprüchlich zur Kenntnis genommen. Die russische Demobilisierung habe nicht erst infolge des Befehls vom 10. Februar begonnen. In Wirklichkeit sei sie schon lange Wochen vorher im Gange gewesen. Schon Wochen vorher habe die deutsche Heeresleitung erwartet, daß ein wieviel Kilometer der russischen Truppen nicht mehr von russischen Truppen besetzt waren. Diese tatsächlichen Verhältnisse seien der russischen Regierung natürlich genau so gut bekannt gewesen, wie der deutschen Heeresleitung.

Gesandter v. Rosenbergs, der hierauf das Wort ergriff, führte aus, die deutschen Delegierten hätten sich im Dezember und Januar eifrig bemüht, einen Frieden der Verständigung

zustandzubringen. Sie hätten nicht auf die Rechte gepocht, die Deutschland die Eroberung feindlicher Gebiete hätte einräumen können. In dem Wunsche, den Idealen des neuen Rußland entgegenzukommen, sei hierauf verzichtet worden. Aber zu einer Verständigung gehörten zwei Parteien, die die Verständigung wünschten, und den guten Willen hierzu habe die deutsche Delegation auf der russischen Seite vermisst.

Infolge eines unglücklichen Verhängnisses

habe die russische Delegation an der Ehrlichkeit der deutschen Absichten mit den Randgebieten nicht glauben wollen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse und naturgemäß auch die Forderungen Deutschlands verändert. Aber auch heute noch seien die Forderungen Deutschlands weit davon entfernt, eine rücksichtslose Ausnutzung der Nachverhältnisse darzustellen. Aber wenn die russische Delegation nur die drei Tage im Auge habe, die jetzt zur Verfügung ständen, so ergebe sich ein falsches Bild. Annähernd sechs Wochen habe der Waffenstillstand gedauert, bis am 10. Februar die Verhandlungen abgebrochen wurden. Also hätten der russischen Regierung nicht drei Tage, sondern sechs Wochen plus drei Tage zur Verfügung gestanden, um sich über die Annahme oder Ablehnung der Friedensbestimmungen schlüssig zu werden. Hierzu komme, daß die Besprechungen im Januar und Februar gerade auf den Gebieten, in denen die Materie kompliziert sei, bereits zu weitgehenden Ergebnissen geführt haben. Der Friede werde Rußland nicht aufgezungen; in der freien Entscheidung des russischen Volkes liege es, die deutschen Bedingungen anzunehmen oder den Krieg fortzusetzen. Die russische Regierung habe nicht das Recht, die Aufrichtigkeit der von Deutschland verkündeten Absichten mit der Bevölkerung der Randgebiete in Zweifel zu ziehen. Um so weniger, als während der kurzen Zeit die sie am Ruber sei, zwischen ihren Worten und ihren Taten scharfe Widersprüche festzustellen waren.

Der Vorstehende der russischen Delegation habe in seiner Erklärung auch

vom deutschen Arbeiter

gesprochen. Wer glaube, daß der deutsche Arbeiter für sein Verhalten noch innen und außen Verabredungsmöglichkeiten und Instruktionen vom Ausland begehre, der kenne den deutschen Arbeiter nicht. Der deutsche Arbeiter sei derselbe Mann, der drauhen im Schützengraben seit vier Jahren mit grenzenloser Eingebung das Vaterland verteidigte. Wenn er an der Einrichtung des deutschen Hauses, an der bestehenden Ordnung der öffentlichen Dinge etwas auszufehen habe, so mache er das im eigenen Hause, mit den eigenen Volksgenossen ab. Der Glaube, daß er dazu Ratsschläge von drauhen gehraude, beleiðige den deutschen Arbeiter.

Der Vorstehende der bulgarischen Delegation, Herr Tolstschew, hob hervor, daß die Vertreter des Vierbundes mit den russischen Delegierten zusammengekommen seien, um einen dauerhaften Frieden zu schließen und

nicht, um den Keim für neue Kriege zu pflanzen,

die Sprache und die Erklärungen des Herrn Sokolnikows schäfen jedoch eine Atmosphäre, die mit dieser Absicht nicht übereinstimme. Er müsse der unbegründeten Behauptung der russischen Delegation entgegenstellen, daß der Vierbund Rußland verewaltigen wolle, ein Gedanke, der Bulgarien wie seinen Verbündeten feruliege. Wenn Rußland sich in seiner heutigen Lage befinde, so sei dies lediglich die Folge jener nicht genügend weit aussehauenden Politik, die Rußland geführt habe.

Nach einer Replik des Herrn Sokolnikow, der im wesentlichen nur die früher entwickelten Gedankengänge wiederholte, und nach einigen Gegenbemerkungen des Gesandten von Rosenbergs und des Generals Hoffmann wurde die Sitzung um 2 Uhr auf zwei Stunden unterbrochen. Nach der Wiedereröffnung um 4 Uhr wurde zur

Unterzeichnung des Friedensvertrages

geschritten, die um 5 Uhr beendet war. Sodann folgte die Unterzeichnung der Rechtsverträge, die bis 1/2 Uhr dauerte. Rumschew ergriff Vizekanzler von Terezy das Wort und erklärte:

Ich möchte den feierlichen Akt, den wir soeben vollzogen haben, nicht vorübergehen lassen, ohne der aufrichtigen Hoffnung Ausdruck zu geben, daß der heute unterzeichnete Friede es den Völkern unserer Vätergruppe sowie Rußlands, die sich länger als 3/4 Jöhre im Kriege gegenüberstanden, ermöglichen wird, doch allmählich (1) die früheren freundschaftlichen Beziehungen wieder aufzunehmen. Nach Worten des Dankes an das Bureau und an die Dolmetscher erklärte Vizekanzler von Terezy die Friedensverhandlungen für beendet.

Japans Intervention.

London, 5. März. (Reuter.) „Daily Mail“ meldet, daß die Verhandlungen über die Intervention Japans in Sibirien vermutlich in den nächsten vierundzwanzig Stunden beendet sein werden. Die Vorkämpfer Groß-Britanniens, Frankreichs und Italiens in Tokio beabsichtigten gestern, gemeinsame Vorstellungen zu machen und zu erziehen, daß Schritte zum Schutz der Interessen der Alliierten in Sibirien unternommen werden. Man glaubt nicht, daß der Vizekanzler der Vereinigten Staaten in Tokio an diesen gemeinsamen Vorstellungen teilnehmen wird. Es ist aber von seiten der Vereinigten Staaten keine Opposition zu erwarten.

Der Vorfriedensvertrag mit Rumänien.

Sofia, 4. März. In der Sobranje gab der Ministerpräsident Radoslawow unter allgemeinem Beifall den Friedensschluß mit der russischen Bundesrepublik bekannt und hat den Finanzminister Tontschew, der heute morgen aus Bukarest zurückgekehrt ist, vor der Volksvertretung den Gang der Verhandlungen mit Rumänien darzulegen.

Tontschew entwarf ein Bild der Lage, wie sie sich zu Anfang der letzten Woche darstellte. Er erwähnte den Briefwechsel der zwischen den Delegationen der Verbündeten und dem rumänischen Ministerpräsidenten Averescu stattgefunden, der zuerst auf die Mitteilung der Alliierten, worin ihre Friedensbedingungen enthalten waren, mit einem Schreiben antwortete, worin er erklärte, daß Rumänien bereit sei zu verhandeln auf der Grundlage gegenseitiger Zugeständnisse. Er erwähnte weiter das Ultimatum, das hierauf erfolgte und indem der Vierbund Rumänien mitteilte, daß im Falle der Nichtannahme seiner Bedingungen bis Sonnabendmorgen 12 Uhr spätestens der Waffenstillstand gekündigt und die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden würden.

Der Waffenstillstand wurde tatsächlich am Sonnabend gekündigt, aber am Nachmittag des gleichen Tages gegen 5 Uhr teilten die Rumänen den Delegationen der Verbündeten mit, daß sie in Jassy versammelter Kronrat beschließen habe, die vorgeschlagenen Bedingungen anzunehmen. Diese Bedingungen bestehen in der

Abtretung der Dobruđa, der Verichtigung der rumänisch-ungarischen Grenze und in Begünstigungen wirtschaftlicher Art.

Es wurde hierauf der rumänischen Regierung geantwortet, daß sie innerhalb einer Frist bis Dienstagmittag 12 Uhr den Vorfriedensvertrag zu unterzeichnen habe, der die oben aufgezählten Punkte enthält, und daß die Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Waffenstillstandes und eines endgültigen Friedens unverzüglich wieder aufzunehmen seien.

Der Vorfriedensvertrag, sagte Tontschew, wird den gleichen Text für sämtliche Verbündeten enthalten. In den endgültigen Verträgen jedoch, die für jeden Verbündeten einzeln abgefaßt werden, wird genau niedergelegt werden, daß Rumänien die Dobruđa an Bulgarien abtritt, und man wird darin mit größerer Genauigkeit die wirtschaftlichen Zugeständnisse bestimmen. Diese letztere Regelung wird möglicherweise eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

Sofia, 4. März. Meldung der Bulgarischen Telegraphen-Agentur. „Geo de Bulgarie“ veröffentlicht den Text des Griechisch-Bulgarischen Geheimvertrages vom Jahre 1913, der die Verabreichung Bulgariens zu einer Zeit befristete, wo dieses mit seinen Armeen die Sache des Balkanbundes verteidigte. Die Veröffentlichung des Vertrages erregt großes Aufsehen.

Die Veröffentlichung des Geheimvertrages im gegenwärtigen Zeitpunkt sieht natürlich im Zusammenhang mit den Bukarester Verhandlungen. Daß Bulgarien 1913 die Dobruđa verlor, war eines der Ergebnisse jenes griechisch-serbisch-rumänischen Komplottes.

Die ungarischen Forderungen.

Der „Pester Lloyd“ schreibt über die Friedensverhandlungen mit Rumänien:

Die öffentliche Meinung besteht mit Entschiedenheit darauf, daß und durch eine strategische Grenzüberschreitung feste Sicherheiten gegen künftige menschliche Ueberfälle von rumänischer Seite geboten werden. Die Zugänge zu den Gebirgspässen des Karpathenwalles, der Rumänen von Siebenbürgen trennt, dürfen nicht weiter im Besitze dieses unüberwindlichen Nachbarstaates bleiben. Auch für die Wegfreiheit an der Donau müssen zuverlässige Bürgschaften errichtet werden. Endlich muß Ungarn verlangen, daß im Friedensinstrument gegen die agitatorische Wirksamkeit der rumänischen Kulturtrüge, wodurch Siebenbürgen dauernd beunruhigt worden ist, Abhilfe geschaffen werde. Was die bulgarischen Ansprüche auf die Dobruđa betrifft, so fordert die öffentliche Meinung Ungarns, diesen Ansprüchen kräftigsten Beistand zu leisten.

Der deutsch-russische Friedensvertrag.

Die wirtschafts- und rechtspolitischen Verträge. Nach Artikel XI und XII des deutsch-russischen Friedensvertrages ist die Regelung der wirtschaftlichen und der Rechtsbeziehungen besonderen, gleichzeitig in Kraft tretenden Verträgen vorbehalten. Ueber den Inhalt dieser Verträge, deren Veröffentlichung demnächst erfolgen wird, erzählt Wolffs Bureau folgendes:

Die wirtschaftspolitische Anlage stellt im großen und ganzen den deutsch-russischen Handelsvertrag von 1904 wieder her. Einzelne Änderungen sind durch den Weltkrieg und durch Rücksichten auf unser Interesse veranlaßt. Zum Teil tragen sie Unzutrefflichkeiten Rechnung, die sich im Laufe der Zeit im deutsch-russischen Handelsverkehre geltend gemacht hatten. Namentlich haben wir durch die Festlegung der freien Durchfuhr die direkte Verbindung im Handelsverkehre über Rußland nach Persien und Afghanistan erreicht, die uns bisher gesperrt waren. Von Bedeutung ist ferner, daß jedenfalls bis zum Jahre 1925, bis zu welchem Zeitpunkt auf alle Fälle das vereinbarte Handelsprotokoll in Geltung bleibt, der russische Zolltarif, auch soweit er bisher ungebunden war, nunmehr bindend festgelegt ist, und daß wir bis zu diesem Zeitpunkt gegen russische Zolländerungen geschützt sind.

Der rechtspolitische Zusatzvertrag verpflichtet Rußland, zunächst die Schäden zu ersetzen, die unseren diplomatischen und konsularischen Vertretern und den tatsächlichen Dienstgebunden bei Ausbruch des Krieges zugefügt worden sind. Sodann werden alle bisherigen Staatsverträge zwischen Deutschland und Rußland mit Ausnahme politischer Kollektivverträge, an denen unsere Feinde beteiligt sind, grundsätzlich wiederhergestellt. Auch alle deutschen Privatrechte in Rußland, die durch Kriegsgesetze oder durch Gewaltakte verletzt sind, werden hergestellt oder in Geld ersetzt. Besonders ist hier zu erwähnen, daß der russische Schulden dienst gegenüber den deutschen Gläubigern alsbald nach der Ratifikation des Vertrages wieder aufgenommen ist, und daß die bereits fällig gewordenen Verbindlichkeiten in kurzer Zeit zu bezahlen sind. Ueber den Erfolg

Starker französischer Angriff östlich von Mouilly. — Lebhaftere Erkundungstätigkeit.

Amlich. Großes Hauptquartier, 3. März 1918. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Lebhaftere Erkundungstätigkeit an vielen Stellen der Front. Nördlich von Reims und auf dem östlichen Marsufer war die französische Artillerie vielfach rege.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Auf den östlichen Frontabschnitten tagelänger heftiger Feuerkampf. Starke französische Abteilungen brachen am Abend zum Angriff gegen unsere Stellungen östlich von Mouilly vor. Sie wurden im Gegenstoß zurückgeschlagen. Auch an der lothringischen Front und in den mittleren Vogesen herrschte gestern erhöhte Gefechtsstätigkeit.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Rumänen haben unsere Bedingungen angenommen. Somit tritt der Waffenstillstand mit Rumänien von neuem in Kraft.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

Abendbericht.

Berlin, 5. März 1918, abends. Amlich.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 5. März 1918. Amlich wird verlautbart:

An der italienischen Front keine besonderen Ereignisse. Die Operationen zur Herstellung der Ordnung und Sicherheit in der Ukraine nehmen den beabsichtigten Verlauf. Rumänien hat die Waffenstillstandsbedingungen der Mittelmächte angenommen.

Der Chef des Generalstabes.

der deutschen Vermögenswerte, die nicht durch Kriegsgesetze, sondern durch revolutionäre Enteignungsgesetze geschädigt worden sind, ist unter grundsätzlicher Anerkennung der Entschädigungspflicht eine weitere Vereinfachung vorzubehalten. Besondere Bestimmungen sind über die Enteignung der auf beiden Seiten eingerichteten Sequestrationen, Liquidationen und Treuhänderschaften getroffen worden; hier werden wohl erworben Rechte Dritter gewahrt.

Der Austausch der Kriegsgefangenen

wird im Anblich an das Petersburger Abkommen geregelt. Art und Zeit der Rückführung bleibt einer gemischten Kommission überlassen, während rein deutsche Kommissionen auf russischem Gebiet sofort den Schutz deutscher Gefangener, Zivilinternierter und Rückwanderer übernehmen. Aufwendungen für Kriegsgefangene werden ersetzt. Die Unterhaltung der Gräbter gefallener Krieger und gestorbenen Gefangener wird gewährleistet.

Ein besonderes Kapitel ist dem Schutz der deutschen Kolonisten gewidmet, denen Rußland die Entlassung aus dem Staatsverband, Rückwanderung in die alte Heimat, Schutz des Eigentums und Ersatz für erlittene Unbill zusichert. Ein weiteres Kapitel regelt die Amnestiefrage; jeder Teil gewährt Straffreiheit den Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Rückwanderern des anderen Teiles sowie den feindlichen Staatsangehörigen, die seine Kriegsgesetze übertreten haben. Eigenen Staatsangehörigen wird Straffreiheit zugesagt, soweit sie unter feindlichem Hoang heimische Gesetze übertreten haben. Endlich erlangen Straffreiheit die Angehörigen der von Rußland geräumten Gebiete für gewisse militärische und politische Delikte. Dabei werden die militärischen Interessen Deutschlands während des Friedens durch besonderen Vorbehalt gewahrt.

Ueber die Behandlung der beiderseitigen Embargo- und Präferenzklagen sowie ihrer Lösung werden leitende Grundsätze aufgestellt. Einzelheiten einer gemischten Kommission mit neutralem Obmann überlassen, die in Stettin zusammentritt.

Endlich verpflichten sich beide Teile, die durch den Krieg unterbrochene Organisation Spitzbergens im Sinne der deutschen Vorschläge durchzuführen.

Rußland nach Friedensschluß.

Außerordentlicher Sowjetkongreß.

Petersburg, 3. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der geschäftsführende Hauptauschuss der Sowjets hat für den 12. März nach Moskau eine außerordentliche Versammlung der Sowjets und der Kosakenabgeordneten einberufen zur Beratung der mit dem Friedensschluß zusammenhängenden Fragen.

Nachrichten über Differenzen zwischen Lenin und Trotski widerholten sich fast täglich seit dem Ausbruch der ersten West-Petersburger Aktion. Ein gestriges Stockholmer L.-U.-Telegramm redet geradezu von einer Entzweiung der beiden Männer und von einer Krise im Smolny-Institut und sagt, diese Krise habe sich noch verschärft, als die Abreise der Friedensabordnung nach West-Petersburg erfolgte. Lenin scheint aber immerhin die Oberhand zu behalten. Er veröffentlichte sehr heftige gegen Trotskis Politik gerichtete Artikel in der „Pravda“, die mit dem Namen „Korrespondenzartikel“ sind. Wie aus den Artikeln hervorgeht, sei Lenin ein Verfechter des Friedens um jeden Preis, während Trotski den Friedensschluß noch hingehen wollte.

Ein weiteres L.-U.-Telegramm aus Stockholm will wissen: Die vom Smolny-Institut erlassenen Befehle der allerletzten Tage gelien ein Merkmal größerer nervöser Spannung und Unruhe, die durch die Nachschärfen der gegnerischen Parteien, ganz besonders aber der Sozialrevolutionäre veranlaßt sind. Im Smolny-Institut scheint man ganz genau zu fühlen, daß die Herrschaft der Bolschewiki zu Ende geht und daß die drafonischen Maßnahmen keinerlei Grundlage für eine dauernde Regierung sein können. Die Zahl der Feinde der Bolschewiki wächst auch in den Schichten der armen Bevölkerung und in den Arbeiterklassen. Man hat in Petersburg jetzt die seit dem Sturz des Jaren nie dagewesene Erscheinung zu verzeichnen, daß die angeordneten Hausdurchsuchungen und Verhaftungen besonders in den verschiedenen Arbeiterbezirken vorgenommen werden.

Zunehmend diese Angaben Laifachen geben und auf Laifachen fußen, läßt sich einstweilen noch nicht nachprüfen. Öffentlich mocht der Friedensschluß auch dem blühenden Derscheingestank über die revolutionäre Bewegung Rußlands bald ein Ende.

Stockholm, 5. März. Hier eingegangenen Nachrichten zufolge kamen in Helsingfors am 27. Februar vier Kreuzer von Neval an.

Zum Schutze des Abreiters in Helsingfors hat die Marine die Gründung einer starken Flotte beschlossen, die unabhängig vom deutsch-russischen Frieden weiterkämpfen will.

Die japanische Intervention.

Die alliierten Regierungen schweigen.

London, 4. März. (Reuter-Meldung.) Im Unterhaus erklärte Valfour auf Anfragen, er sei augenblicklich nicht imstande, etwas über die Lage im asiatischen Rußland zu sagen, außer daß ihr von der britischen Regierung die größte Aufmerksamkeit gewidmet werde.

Paris, 4. März. (Agence Havas.) Der Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten über die diplomatische Lage und über die Verhandlungen zwischen Rußland und Japan an. Nach Schluß der Sitzung gaben Mitglieder des Ausschusses, ohne genauere Auskünfte geben zu wollen, zu verstehen, es habe den Anschein, daß alle Alliierten übereingekommen seien, Japan die Intervention in der Mandchurei und in Sibirien zu überlassen.

London, 4. März. (Reuter.) „Daily Mail“ erfährt, daß zwischen England, Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten über die Lage in Sibirien unterhandelt wird. Japan nimmt nicht an den Verhandlungen teil.

Dem „Klente Rotterdamse Courant“ zufolge erklärt die „Daily News“ vom 2. März: Japans Haltung wird hier als eine Verteidigung gegen Rußland aufgefäßt. Japan ist bereit, ohne sein Recht vorzugehen, zu beschränken, sich mit seinen Bundesgenossen zu beraten, vor allem mit England. Japan hat natürlich viel mehr vor, als den Schutz der Vorräte in Wladivostok. Es will selbstverständlich seinen Bedarf an Kohlen in der Mandchurei decken. Man weiß das in Washington und betrachtet die Lage mit Ruhe. Verantwortlichkeit für die vorgeschlagene Intervention würde hier nicht willkommen sein und wird nicht angenommen werden. Nach Wilsons Erklärung wäre Amerika im großen Maße an der Gründung von freien Republiken in Osten Europas, die Japan natürlich vor einem deutschen Angriff schützen würden, interessiert. Deshalb bedauert man hier den völligen Zusammenbruch der Bolschewiki-macht. Ein starkes Rußland ohne wirtschaftliche Sanktionen würde den imperialistischen Wettbewerb erheblich steigern. Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan werden künftig in hohem Maße von der Frage abhängen, ob der Völkervertrag auf der Grundlage der Abstraktion und mit Japan als Teilnehmer zustande kommt. Japan steht jetzt vor der Wahl, die preußische Lehre mit ihren katastrophalen Folgen oder eine weite Auffassung von internationalem Recht anzunehmen. Die amerikanische Regierung hat diese Frage Japan deutlich auseinander gesetzt.

Der „Manchester Guardian“ erfährt aus Washington: Es bedeutet noch nichts über die Haltung Wilsons zu Japans vielleicht bevorstehendem Vorgehen in Sibirien. In Wilsons Umgehung würde man es vorziehen, daß Rußland sich selbst rette, falls in dem neuen Rußland Elemente seien, die gemeinsam vorzugehen imstande seien. Man möchte diese Aussicht auf Erfolg nicht dadurch verderben, daß in Rußland durch Japans Kustraten eine Gereiztheit hervorgerufen wird.

Zu dem etwaigen Vorgehen Japans in Ostasien schreibt daselbe Blatt: Es ist klar, daß ein Unternehmen dieser Art keine Beschränkung der Verantwortlichkeit duldet. Es läuft also hin aus auf einen Krieg gegen Rußland oder gegen die Macht, die jetzt gerade Rußland in Ostasien vertritt. Es bedeutet, daß während Deutschland und seine Bundesgenossen Rußlands Zerstückelung im Westen anstreben, wir und unsere Bundesgenossen einen entsprechenden Versuch im Osten machen werden. Unsere Motive mögen anderer Art, aber der Erfolg wird derselbe sein. Es ist unser Stolz, daß wir für die Freiheit der Völker und die Sicherheit der Nationen kämpfen. Wenn wir einen Angriff auf Rußland machen, handeln wir nicht nach diesem Grundsatz.

London, 4. März. Wie das Reuterische Bureau erfährt, ist das Personal der englischen Botschaft in Petersburg wohlbehalten in Helsingfors angekommen.

Schweden und die Alandsinseln.

Stockholm, 3. März. (Eg. Drahtber. d. „Socvärts“.) Das vorläufige Schiffsahrtsabkommen mit England und Amerika erscheint auch der schwedischen Regierung nur als ein zeitliches Mittel, da die Aufrechterhaltung wenig davon profitiere und die Gefahr der Torpedierung sogar die Ankunft der bewilligten Einfuhr fraglich mache. Die zugegebene Verwendung schwedischer Schiffe unter Sperrzone lasse außerdem eine schwere Schädigung der schwedischen Koedereien vorantreiben.

Zwischen der finnischen Regierung und Schweden besteht eine Spannung infolge der Intervention auf den Alandsinseln, die Veuruhigung hervorrief, obwohl sie der Frage des dauernden Besitzes nicht vorgriff. Die Erklärung Mannersheims, daß man den Führer der weißen Garde, der den Nämungsvertrag bezüglich der Alandsinseln unterzeichnete, vor ein Kriegsgericht stellen müsse, ist eine unverkennbare Demonstration gegen eine schwedische Alandssepedition sowie gegen die Erwartungen, die viele Schweden auf den Anblich der Alandsinseln setzen. Im „Sozialdemokraten“ sagt Branting: Der finnische Außenminister Sario habe als Mitverfasser der von Dr. Paul Kohrbach herausgegebenen Schrift „Die nordische Brücke“ den aländischen Standpunkt vertreten. Schweden, das auf den Alandsinseln nur humanitäre Friedenszwecke verfolge, müsse gegen jede Störung protestieren. Abwärtend erklärt Branting, die schwedische Alandssepedition müsse ihren friedlichen Charakter bewahren, auch wenn man dem Koch Schweden zuneigeboten solle.

Die neue Wendung in Finnland macht die Vermittlung der schwedischen Sozialdemokraten in Helsingfors aussichtslos. Bei den Jungsozialisten tritt infolge der russischen Ereignisse eine zunehmende Annäherung an die von Branting vertretene deutsch-feindliche, mehr der Emende zuneigende Auffassung des Weltkrieges zu.

Ein neuer Brief Lord Lansdownes.

Zur Rede Hertlings.

Das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet aus Rotterdam: In einem neuen Brief an den „Daily Telegraph“ spricht Lord Lansdowne die Meinung aus, daß die letzte Rede Hertlings merkwürdige Fortschritte für den Gedankenaustausch bedeute. Lasse sich eine solche Vorbesprechung in

Heute Parteiversammlungen. Tagesordnung: Reichstagswahl in Niederbarnim.

Groß-Berlin

Seine rationierten Lebensmittelkarten für Festlichkeiten.

In der letzten Zeit häufen sich die Anträge aus der Bevölkerung auf Ausstellung von rationierten Lebensmittelkarten, wie Brot, Fett, Fleisch, Kartoffeln usw. zur Veranstaltung von Festlichkeiten bei Konfirmationen, Hochzeiten, Jubiläen u. a. Nach einem Beschlusse der Groß-Berliner Gemeinden dürfen Extraportionen an rationierten Lebensmitteln nicht gewährt werden. Anträge auf Gewährung solcher Lebensmittel können daher nicht berücksichtigt werden.

Käseverteilung. Von morgen bis Mittwoch, den 13. März, wird in den an der Schönberger Grenze gelegenen Bezirken der 177., 17. und 18. Volksgemeinschaft pro Kopf 125 Gramm pommerscher Weichkäse verteilt.

Kafepreise.

Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hat für die Zeit vom 1. März bis 30. April die Preise für Kaffee wie folgt festgelegt. Für 100 Kilogramm: Gesäßkaffee, grob 7 M., Grobkaffee, gebrochen 7,20 M., Weißkaffee, Schmelzkaffee 7,10 M., Schmelzkaffee der Norddeutschen Kohlen- und Kaffeewerke Hamburg, Schmelzkaffee des Hochofenwerks Albeck, Schmelzkaffee 7,10 M., Niederländischer Schmelzkaffee 7 M., Oberländischer Schmelzkaffee 6,80 M. — Die Preise für Arabica, Robusta und Ersatzkaffee bleiben unverändert. Bei der Lieferung von Arabica und anderen Ersatzkaffees findet ein Abschlag auf die Richtpreise bei der Lieferung frei Hof in der Höhe von 10 Pf. und bei der Abladung auf der Straße von 15 Pf. je Tonne statt. Hierdurch wird jedoch die Verpflichtung des Kaffeehändlers, die Kaffee in den Keller oder in das Erdgeschoss zu schaffen, nicht berührt.

Waldfesttheater. Die Aufführung der Operette „Das Rastantendorf“ von Johanna Salaman und Benedikt Lachmann, mit der Musik von Walter René Moritz, findet am Freitag statt.

Das verräterische Gruppenbild. Einen heftigen Kampf mit Einbrechern hatte in der vorletzten Nacht der Städtische Gemeindevorstand Schlichter zu bestehen. Bei dem es ihm gelang, zwei gefährliche Diebe festzunehmen. Gegen 1 Uhr nachts bemerkte der Wächter in der Dänischerstraße drei Männer, die einen gefüllten Sack schleppen. Als die Männer sich beobachtet sahen, stellten sie die Last in einem Haus ab. Vom Wächter angesprochen, leisteten sie seiner Aufforderung, ihm zur Polizeiwache zu folgen, willig Folge. Unterwegs jedoch zog einer der Diebe plötzlich einen Revolver und gab mehrere Schüsse auf den Wächter ab, die trotz der geringen Entfernung sämtlich fehl gingen. Während der Revolverheld flüchtete, stürzten sich seine beiden Helfer auf den Wächter und es kam zu einem heftigen Kampfe, bei dem es dem Wächter aber schließlich doch gelang, seine beiden Gegner zu überwältigen und festzunehmen. Der eine der Verhafteten ist ein vielfach bestraffter Einbrecher Albert Hoyermann aus der Bismarckstraße 72, der andere ein Fahnenflüchter, der Wächter Karl Scheid, der sich auch als Unteroffizier und Ritter des Eisernen Kreuzes 1. Klasse ausgab. Der entlassene Einbrecher konnte auf Grund eines bei den Verhafteten vorgefundenen Gruppenbildes bereits festgestellt werden, es ist ein Zimmermann aus Stettin, der ebenfalls von seinem Kruppenteil entwichen ist.

Ein Schuhmann erschossen. Der Schuhmann Hauser ging Montag abend in bürgerlicher Kleidung aus, um auf Einbrecher besser fahnden zu können. Gegen 1/2 Uhr in der Nacht hörte ein Posten einer Abteilung des 93. Infanterie-Regiments, die in der Gemeindefabrik in der Turmstraße liegt, einen Schuß fallen. Gleich darauf sah er einen Mann die Bismarckstraße hinunterlaufen. Der Posten benachrichtigte einen Wächter, und dieser fand Heuser vor dem Hause Turmstr. 13 mit einer Schußwunde in der Brust bestimmsunglos daliegen. Ein uniformierter Schuhmann brachte den schwerverletzten Kameraden nach dem Krankenhaus Moabit. Hier starb Heuser, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Für 60000 M. Seidenstoffe fand die Kriminalpolizei bei einem Angestellten eines großen hiesigen Geschäftshauses in seiner Wohnung in der Koppenstraße. Der Wohnungsinhaber behauptet, daß er das entwendete Lager seit November h. J. verleiht. Wahrscheinlich stammt es aus verschiedenen Einbrüchen her und ist von dem jetzigen Besitzer nach und nach aus Zweitwaren zusammen gekauft worden.

Eine unerwartete Aufführung fand das Verschwinden der 87jährigen Rentiere Frau Hildegard S. aus Lichterfelde. Die Dame hatte sich am 12. Februar aus ihrem Heim entfernt und wurde seither vermißt. Am Freitag traf ein mit Restiganten beschicktes Mädchen in der Nähe des Entensängersees im Waldpark eine auf einem Reihhügel sitzende Frau an. Es war die Frau S., welche angab, daß sie hier habe verbrühen wollen. Sie näherte sich nur von dem Wasser des Sees. Am anderen Tage holte die in Lichterfelde wohnende Schwester sie ab.

Neue Notizen. Die Kommandantur von Berlin veranlaßt am Donnerstag (23. März) im Zirkus Schumann eine große Kunstausstellung, bei welcher Pantomime, Burleske, Lieder und Tänze zur Aufführung kommen. Die maßgebende Leitung liegt in Händen des Generalmusikdirektors Leo Slezak. Der Willemskauf hat bereits in den bekannten Verkaufsstellen begonnen.

Schöneberg 25 jähriges Amtsjubiläum. Stadtrat Vartelt bildet heute auf eine 25 jährige ehrenamtliche Tätigkeit im Dienste der Stadt Schöneberg zurück. Der jetzt im 72. Lebensjahr stehende Jubilar war früher im Dienst der Staatseisenbahnverwaltung tätig und verlegte seinen Wohnsitz im Jahre 1886 nach Schöneberg. Hier wirkte er in der in lebhafter Entwicklung befindlichen Dorfsgemeinde als Gemeindevorstand und nach der Stadterhebung als Stadtdirektor und Bürgerdeputierter in verschiedenen Deputationen. Seit dem 12. Februar 1912 versieht Vartelt ein Amt als Magistratsmitglied.

Wilmersdorf. Lebensmittel. Durch die Volksgemeinschaften gelangen in der Zeit vom 6. bis 9. März zur Ausgabe: Für jedes Kind im 1. Lebensjahre (geboren am 1. April 1917 oder später) 3 gelbe Zusatz-Zuckerarten (April) und 1 gelbe Zusatz-Zuckerart alten Vorkriegs (März); für jedes Kind im 2. Lebensjahre (geboren 1. April 1916 bis 31. März 1917) 2 gelbe Zusatz-Zuckerarten (April); für jedes Kind im 3. bis 7. Lebensjahre (geboren 1. April 1911 bis 31. März 1916) 1 gelbe Zusatz-Zuckerart (April). — In der Zeit vom 5. bis einschließlich 8. März werden auf Abchnitt 8 der „Lebensmittelliste Berlin-Wilmersdorf“ (nicht „Bezugsliste für Einzelpersonen“) 100 Gramm Graupen zum Preis von 0,36 M. abgegeben. Die Entnahme der Ware hat in dem Maß zu erfolgen, in dem der Inhaber der Lebensmittelliste sich zum Bezug angemeldet hat. — Vom 4. März an berechtigt zum Bezug von Herings-, frischen Fischen und Räucherfischen außer Buchstaben D auch Buchstabe Q der „Blauen Bezugsliste für Einzelpersonen“. Es hat nunmehr der Buchstabe O der „roten Bezugsliste für Einzelpersonen“ seine Gültigkeit verloren.

Friedenan. Resultat der Gemeindevorstandswahlen. In der III. Abteilung wurden am Montag die von den vereinigten Hausbesitzer- und Bürgervereinen aufgestellten Kandidaten Krüger, Hausmann, Wäckermeister, Berner und Kaufmann Lemm gewählt. Die Gemeinde hat somit auch für die nächsten Jahre ihre „Arbeitervereine“ bewahrt. Hoffentlich sinkt auch bald dieses elende Wahlrecht, das Lande von Arbeitern rechtlos macht, in den Dreck.

Rommes. Lebensmittel. In dieser Woche werden abgegeben: Wie auf den Kartenabschnitt 19 der allgemeinen Lebensmittelkarte. Kaufmann auf den Kartenabschnitt 20 der allgemeinen Lebensmittelkarte. Sago auf den Kartenabschnitt 6 der Lebensmittelkarte für Jugendliche. Wie auf den Kartenabschnitt 7 der Lebensmittelkarte für Jugendliche. — Die Karteninhaber haben am Dienstag, den 5., und Mittwoch, den 6. März, die Lebensmittelkartenabschnitte 19, 20, 6 und 7 bei dem Kleinbändler abzugeben, bei dem sie die Ware zu beziehen wünschen. Sie erhalten hierauf eine Bescheinigung. Die Abgabe der Lebensmittelkartenabschnitte verpflichtet zum Bezug der Ware. Anmeldungen, die nach dem 6. d. M. beim Kleinbändler eingegeben bleiben unberücksichtigt. — Auf den Kartenabschnitt 24 der Zuckerkarte, gültig vom 4. bis 15. März, und auf den Kartenabschnitt 16 der Zuckerkarte, gültig für den Monat März, findet die Ausgabe von Zucker statt.

Die Karteninhaber haben in der Zeit vom Donnerstag, den 7. bis Dienstag, den 12. die Kartenabschnitte bei dem Kleinbändler abzugeben, in dessen Kundenverzeichnis sie eingetragen sind. — Der Tag der Zuckerausgabe wird noch bekannt gemacht. — Am Dienstag, den 6. d. M. findet auf den Kartenabschnitt 51 der Lebensmittelkarte (rot) der Verkauf von lebenden Karpfen statt. Die Waren werden abgegeben in den einzelnen Verkaufsstellen der Gemeinde auf folgende Nummern des Ausweises: Krammert Nr. 14 411—14 480, Blegener 10 411—10 480, Winkel 12 381—12 480.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Groß-Berlin.

Heute abend, 8 Uhr, Mitgliederversammlungen der Sozialdemokratischen Vereine.

In allen Versammlungen werden Beiträge entgegengenommen und Renaufnahmen vollzogen.

Alle auf dem Boden der Wahrheit stehenden Anhänger sind eingeladen.

Berlin I.

bei Maue, Kommandantenstraße 85.

Berlin II.

1. und 2. Abt. Besten bei Richter, Soemmerstr. 36. — Alle übrigen Abteilungen des Kreises im Jugendheim, Lindenstr. 2.

Berlin III.

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Berlin IV.

Petersburger Viertel: bei Kühn, Schreinerstr. 88. — Landsberger Viertel: im Klubhaus, Landsberger Allee 10. — Frankfurter Viertel: bei Richter, 81. Gewerkschaftshaus, Elisabethstr. 11. — Stralauer Viertel: bei Kienig, Simon-Dach-Str. 24, Ecke Revaler Straße. — Köpenicker Viertel: bei Fröhlich, Wollauer Str. 1. — Götlicher Viertel: bei Daus, Kaufm. Str. 40.

Berlin V.

In den „Unions-Festhallen“, Weißbäcker Str. 228.

Berlin VI.

1.—7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Str. 3. — 8. Abt. bei Hoffmann, Weinmünder Str. 47. — 9. Abt. bei Ohlbe, Straßburger Str. 11. — 10. und 11. Abt. bei Paul, Gartenstr. 101. — 12. und 13. Abt. bei Richter, Wollstr. 31. — 14. und 15. Abt. bei Richter, Wollstr. 31. — 16. und 17. Abt. im „Schwedenast“, Schweden- und Erzbergerstraße-Ecke. — 18. und 19. Abt. bei Krause, Uckerstr. 9, Ecke Kurier Straße.

Litow-Bezirk.

Wilmersdorf: bei Heerstein, Widmarstr. 80. — Alt-Glücklicher-Feld: bei Bahr, Köpenicker Str. 6. — Bohnsdorf: Die Mitgliederversammlung am 6. März fällt aus.

Spandau: im Kaiserhof, Grünstr. 10.

Lichterfelde: bei Dräger, Oranienburgerdamm 45.

Königs-Waldhof: um 7 1/2 Uhr im Neuen Schützenhause.

Wilmersdorf: Schausseest. 44.

Neukölln: 1. und 2. Bezirk bei Schulz, Reuterstr. 47, Ecke Bauhofstraße. — 3. und 4. Bezirk bei Brauer, Teufelstraße, Ecke Reuterstraße. — 5. Bezirk bei Schiller, Weichselstr. 5, Ecke Donaustraße. — 6. Bezirk bei Rosch, Bismarckstr. 41, Ecke Fußballstraße. — 7. Bezirk bei Jahn, Boddinstr. 58, Ecke Harnstraße. — 8. Bezirk bei Kleinert, Stullgarter Str. 7. — 9. Bezirk bei Richter, Verteltdorfer Str. 8, Ecke Neue Donaustraße. — 10.—12. Bezirk im Turnerheim, Böhmische Str. 18. — 13.—17. Bezirk bei Gentel, Hermannstr. 178, Ecke Adomostraße. — 18.—20. Bezirk bei Röhmer, Prinz-Johann-Str. 9. — 21.—23. Bezirk bei Gentel, Herrfurthstr. 37. — 24. Bezirk bei Bär, Wilmannsstraße, Ecke Nordgärtenstraße.

Steglitz: bei Clement, Dippelstr. 7.

Tempelhofer: bei Schäbe, Berliner Str. 121, Ecke Friedrich-Wilhelm-Straße.

Wilmersdorf: bei Schäfer, Brandenburgische Str. 60.

Niederbarnim.

Vorslaw-Wittenau: bei Heider, Rauhstraße.

Friedrichshagen: im „Lindengarten“, Friedrichstr. 74.

Rauhshagen: bei Hamel, Hönower Str. 5.

Lichtenberg: bei Hamann, Geydowstr. 15, Ecke Krossener Straße.

Niederbarnim: Wählerversammlung bei Kettig („Schwarzer Adler“), Blankenburger Str. 4. Referent: Reichstagskandidat Rudolf Wiffel.

Oberschönewitz: bei Labowitz, Rauscherstr. 5.

Reinickendorf: in den Restaurants Tischner, Reihensstraße, Ecke Rauhstraße und Reumann, Provingstraße, Ecke Doppelstraße.

Reinickendorf-West: bei Schiller, Antonienstr. 10.

Schönow: Die Mitgliederversammlung findet Sonnabend, den 9. März, bei Damerow, Berliner Straße, statt.

Weißensee: bei Staerk, Charlottenburger Str. 2.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die Reichstagswahl in Niederbarnim.

Wichtige Vereinsangelegenheiten.

Zur Reichstagswahl in Niederbarnim ersuchen wir die Genossen und Genossinnen, sich pünktlich zur Verfügung zu stellen. Die Versammlungsleiter nehmen die Adressen entgegen.

Wer aus irgendeinem triftigen Grunde an den Versammlungen nicht teilnehmen kann, sende seine Adresse an den Zentralwahlkomitee (Th. Fischer, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Telefon: Moritzplatz, 364 oder 101 70). Zur Flugblattverbreitung am Sonntag, den 10. März, und am Wahltag, Donnerstag, den 14. März, werden alle verfügbaren Kräfte gebraucht. Fehle deshalb keiner.

Zur Wahl in Niederbarnim.

Wie wählen die Arbeiter?

Als ein Vorbild zu der Reichstagswahl in Niederbarnim haben die Stadtverordnetenwahlen vom letzten Sonntag allgemeine Beachtung gefunden. Es sind dabei 1498 sozialdemokratische und 1243 unabhängige Stimmen abgegeben worden, im 4. Wahlbezirk erzielt der Sozialdemokrat genau doppelt soviel Stimmen wie der Unabhängige, im 24. gewann der Unabhängige mit einer winzigen Mehrheit.

Die „Leipziger Volkszeitung“ sucht trotzdem krampfhaft den Anschein zu erwecken, als ob Arbeiter überhaupt nicht mehr sozialdemokratisch wählen, das täten nur Bürgerliche. Nun ist der 24. Bezirk ein reiner Arbeiterbezirk, und daß die dort abgegebenen fast tausend sozialdemokratischen Stimmen Arbeiterstimmen sind, kann selbst die „L. V.“ nicht bestreiten. Sie wirft sich daher auf den 4. Bezirk und behauptet, der Sozialdemokrat, Genosse Dittmer, verdanke seinen Sieg nur den Bürgerlichen, besonders den Beamten, während die Arbeiter unabhängig gewählt hätten.

In Wirklichkeit haben nach einer uns vorliegenden Tabelle gestimmt:

Table with 3 columns: Category, Soz., Unabh. Rows include: Ungelehrte Arbeiter (172 Soz., 81 Unabh.), Gelehrte Arbeiter (285 Soz., 168 Unabh.), Invaliden (10 Soz., 5 Unabh.), Handwerkermeister (11 Soz., 2 Unabh.), Geschäftsleute (6 Soz., 8 Unabh.), Beamte (30 Soz., 6 Unabh.), Freie Berufe (15 Soz., 1 Unabh.), Ohne Beruf (4 Soz., 15 Unabh.)

Von 721 Arbeiterwählern haben also fast zwei Dritte I sozialdemokratisch gewählt. Dasselbe Verhältnis, auf Niederbarnim angewendet, eröffnet für die Unabhängigen recht trübselige Aussichten, und die „L. V.“ hätte gut getan, gerade mit diesem Beispiel nicht zu kommen.

Wenn sich die Arbeiter von Niederbarnim an das Vorbild ihrer Klassenossen aus dem 4. Berliner Kommunalbezirk halten, dann wählen sie am 14. März mit erdrückender Mehrheit den Sozialdemokraten.

Arbeitersekretär Rudolf Wiffel.

Wilmersdorf. Die letzte Mitgliederversammlung hat nachstehende Beschlüsse einstimmig angenommen: Eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Wilmersdorf hat von der Weigerung der Stadtverordnetenversammlung, der Arbeitervereine Wilmersdorfs durch Zuzählung einiger weniger Bürgerdeputierten eine ganz bescheidene Mitwirkung an der kommunalen Verwaltung einzuräumen, mit Empörung Kenntnis genommen. Sie erklart in der Ablehnung des Antrags Lüdemann u. Genossen den Ausdruck einer beispiellos rücksichtsigen Bestimmung, die nur auf dem Boden des veralteten Kommunalwahlrechts entstehen konnte. Durch dieses Vorgehen wird der in der arbeitenden Bevölkerung herrschenden Erregung neue Nahrung gegeben und der zum Entzagen der Kriegswunde erforderliche Opfersturm in der ungünstigsten Weise beeinflußt.

Steglitz. Die Gemeindevorstandswahlen der dritten Klasse finden am Montag, den 18. März, statt. Für die Sozialdemokratische Partei kommt bei dieser Wahl nur der erste Wahlbezirk in Betracht, umfassend den Ostteil Steglitz und Reichenhagen, die nordwestlich der Eisenbahn gelegen sind. Wahllokal ist diesmal der Sitzungssaal des Rathauses. Die Wahlzeit ist auf die Stunden von 10—1 und 8 1/2—8 Uhr festgelegt. Kandidat der Sozialdemokratischen Partei ist der bisherige Vertreter, Gewerkschaftssekretär Kymann.

Karlberg-Niederbarnim. Eine Wählerversammlung tagte am Sonntag in Karlberg für den Bezirk Karlberg, Niederbarnim, Schulenhöhe, Taddorf. Der Referent, Genosse Wiffel, verhandelte, in seinen etwa anderthalbstündigen Ausführungen das lebhafteste Interesse der Anwesenden bis zum letzten Augenblick nachzubalten. In der Diskussion verhielt ein von Berlin zur Flugblattverbreitung nach Karlberg gekommenes Mitglied der Unabhängigen, dem Referenten entgegen zu treten. Aber es war auch nur ein Versuch. Er vermochte keinen Eindruck zu machen; seine Verteilung der Politik seiner Gruppe wurde mit Leichtigkeit zurückgewiesen. Die Verammlung hat einen vorzüglichen Eindruck bei den Anwesenden hinterlassen.

Aus aller Welt.

Ein Gutsbesitzer wegen Mordes verurteilt.

Das Schwurgericht in Straubing verurteilte den Gutsbesitzer Anton Lang von Falkenberg, der ein 19-jähriges Bauernmädchen vergewaltigt und ermordet hatte, unter Jubilation milderender Umstände zu 12 Jahren Zuchthaus.

54 Jahre im Zuchthaus. Uygba. In der Strafanstalt starb der 80-jährige Johann Derdemöder. Er war 1863 wegen Raubmordes zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden.

Briefkasten der Redaktion.

257. Kontinentübersicht sollen zum Besten der Mannschaften verwendet werden. Die Anschaffung einer Schreibmaschine dafür erachten wir für jeden Fall als unzulässig. Haben Sie dagegen Beschwerde. — H. G. Verein deutscher Frauenvereine, Verwaltungsrat der Frau Kronprinzessin, Potsdam, Neuer Garten. — P. R. S. Wilmersdorf und darüber nicht bekannt, es werden aber von dem betreffenden Bundesrat Bescheidenscheidungen auch an Mannschaften gemährt, die nicht im Besitze des Eisernen Kreuzes sind. — H. R. 30. Der jüngste Bruder kann doch nicht mehr aktiv dienen, er ist bereits der Reserve überföhren, und die Eltern haben somit auch keinen Anspruch auf Ausbildenentschädigung.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutsche am Donnerstag mittag. Trocken und windig heiter. In der Nacht zu Donnerstag, besonders im Nothafen, leichter Frost, in den Morgenstunden mild.

Das größte Säugetier Deutschlands.

Von Dr. Th. Zell

Die Frage, welches das größte heimische Säugetier ist, kann am besten nicht leicht beantwortet werden, weil zu unserem Vaterlande auch die Küstengewässer gehören. In diesen kommen auch jetzt noch hin und wieder Walarten vor, die bekanntlich Säugetiere sind. So trieb sich im Frühjahr 1874 ein Finwal an den Küsten der Dänee umher. Er hatte häufig Fische erbeutet, bis er am 21. August zu seinem Unheil auf der Dänischer Heede angelangt war. Hier lagen gerade drei Kriegsschiffe vor Anker. Die Offiziere liehen sich selbstverständlich die Gelegenheit zu einer Walfischjagd nicht entgehen. 75 Spitzhaken wurden dem Walfisch in den Leib gefaßt, die ihm aber nichts gekühdet hätten, da sie nur Weichteile verletzte hatten. Jedoch ein Stich in den Hinterleib, der eine große Schlagader durchschnitt, führte seinen Tod herbei.

Der Finwal ist einer der schlanksten Wale und kann eine Länge von 25 Metern erreichen. So große Walarten sind allerdings an unseren Küsten nicht so häufig wie die kleineren.

In den Küstengewässern sind häufig in Ruhesten und Kirchen die Skelette gestrandeter Wale oder anderer Seeungeheuer aufbewahrt. Man staunt, welcherlei Tierarten unsere Küsten aufsuchen. So der acht Meter lange Schwertwal, der grimmigste Feind der Walfische, der sie in Rudeln überfällt und zerschneidet.

Sieht man von den Küstengewässern ab, so muß man doch unbedingt die Säugetiere unserer Flüsse dazu rechnen. Die Quermähnung (Schwäne = Schweine) soll ihren Namen von den in ihr häufigen Meerichweinen oder Lammern, einer Delphinart, haben. Dieser ist gewöhnlich 1 1/2 bis 2 Meter lang, soll aber bis zu 8 Meter lang und 10 Zentner schwer werden. Damit würde er in Wettbewerb mit dem Elch treten, der ebenfalls bis zu 8 Meter lang und 10 Zentner schwer ist, der von den jetzt lebenden landbewohnenden Säugetieren das größte ist.

Früher war der Wisent, bevor er ausgerottet wurde, unter größten landbewohnenden Säugetiere. Ein im Jahre 1855 in Preußen erlegter Wisent war 7 Fuß hoch und 13 Fuß lang, dabei 19 Zentner und 5 Pfund schwer. Heute ist er durch die Stier nur eine Höhe von 1,7 Meter und eine Länge von 3,4 Meter, sowie ein Gewicht von 500-700 Kilogramm. Der Wisent wird fälschlich als Auerochse bezeichnet. Dieser ist bereits lange vor dem Wisent ausgerottet worden. Gleich dem amerikanischen Bison hat der Wisent eine Röhre und kurze Hörner, während der Auerochse lange Hörner und keine Röhre besaß. Da Wisente noch in Fortsetzung des Röhren von Vieh zu Weidwerk gehalten werden, so könnte man gewissermaßen auch heute noch den Wisent als das größte heimische Säugetier bezeichnen. Der ebenfalls ausgerottete Bär kann mit den genannten Pflanzenfressern nicht in Wettbewerb treten. In Sibirien hat allerdings Baron Lubberg Bären von 410-490 Kilogramm Gewicht und 2,28-2,58 Meter Länge geschossen. Gewöhnlich wird aber die Länge mit reichlich 2 Meter und das Gewicht mit 6 Zentner angegeben.

Die Walarten, die nur unsere Küstengewässer besuchen, kann man nicht als heimische Tiere betrachten. Die Seehunde dagegen, die ihre Nischenplätze auf deutscher Erde haben, muß man unbedingt zu den heimischen Säugetieren rechnen. Bei der Frage nach den größten Säugetieren können auch sie in Betracht.

Aus meiner Schülerzeit wird mir folgender Vorfall untergefallen sein. Bei meiner ausgeprochenen Vorliebe für die Tierwelt war mir schon damals Verbums Tierleben in der Hauptstadt bekannt. Bei einer Fahrt nach Rügen kam ich mit einem alten Seehund in Gespräch. Er mir von Seehunden von 5 Zentner Gewicht erzählte. Im Bewußtsein meiner Kenntnisse nahm ich an, daß der Mann mir und meinem Gefährten gediegenes Material vorlegen wollte, und erklärte seine Erzählungen für ungläubig. Später habe ich mir deswegen Bewürte gemacht. Der Mann war sehr freundlich, denn er sagte, obwohl er, wie sich herausstellen sollte, vollkommen im Recht war.

Zu meiner Entschuldigung will ich folgendes anführen. Die konnte ich abnen, wenn Drehm auf 20 großen Drucken den gemeinen Seehund brändelt, daß er es unterläßt, anzudeuten, daß an unseren Küsten noch die Ringelrobbe und die riesige Kegetrobbe vorkommen? Bei Rügen ist die Kegetrobbe sogar häufiger als der gewöhnliche Seehund.

Der Vater meiner Bücher weiß, daß ich ein großer Verehrer von Verbums Tierleben bin. Aber dieser Fehler ist wirklich groß. Die Kegetrobbe soll bis 4 Meter lang und über 5 Zentner schwer werden. An Größe würde sie demnach unter Umständen den Elch übertreffen.

Eine Fronte des Schicksals war es, daß in dem von Drehm begründeten Aquarium zu Berlin gerade ein Prachtexemplar der von ihm so schändlich unterdrückten Kegetrobbe jahrelang eine Hauptlebenswirdigkeit bildete.

Erweitert man unsere in der Ueberschrift aufgeworfene Frage und spricht allgemein von Tieren, so haben wir noch größere Schwärme. Unser Küsten besuchen riesige Fische, z. B. die Tunfische, Haifische usw. Sieht man von den Küstengewässern ab, so sind die größten Fische, Sardin, Stör, Lachs, Hechte usw. In der Donau wird der Wels heute noch 5 Zentner schwer. So groß muß er auch früher in Deutschland geworden sein, denn Wilhelm berichtet von den Welsen des Rheins, daß man sie mit Ochsenspannen aus dem Wasser ziehen mußte. Er wurde bis drei Meter lang. Dabei nannte man ihn auch den deutschen Walfisch.

Uebrigens sah ich vor einigen Jahren einen Wels, der in dem kleinen Bismarcksee bei Berlin gefangen war und eine Länge von 178 Zentimeter besaß.

Die aufgeworfene Frage könnte man also folgendermaßen beantworten: Wenn man von den Küstengewässern und den ausgerotteten Säugetieren abseht, so steht an erster Stelle der Elch und der Wisent. Wahrscheinlich kommen Exemplare von der Kegetrobbe und vom Lamm vor, die den Elch an Länge übertreffen.

Vorläufer des Weltkrieges im Altertum.

Mit dem Ausbruch des gegenwärtigen Krieges hat insofern eine neue Epoche der Weltgeschichte begonnen, als zum ersten Male seit Vorkommen der Erde alle Staaten, Völker und Maffen des Erdballes zu einer einheitlichen Aktion zusammengefaßt sind. Es handelt sich hier, wie in einem historischen Forschungsbericht von Professor Eduard Meyer in der letzten Sitzung der Akademie der Wissenschaften ausgeführt wurde, um den Abschluß einer Entwicklung, die sich seit den Entdeckungsfahrten des 15. Jahrhunderts und den Anfängen der europäischen Kolonisationen zuerst langsam vorbereitete, hierauf im 18. Jahrhundert durch die wachsende Ausbreitung der englischen Macht und die Kämpfe dieser Macht mit Frankreich und Spanien immer schneller vorwärts schritt, aber erst im Verlauf des letzten Jahrzehntes zum Abschluß gelangte, und zwar besonders durch die Befestigung des Hauptteils von Afrika durch die Engländer sowie durch den Eintritt Japans und der amerikanischen Union in die Weltpolitik. Schon diese in großen Zügen angezeichneten Zusammenhänge lassen Verhältnisse mit der Vergangenheit als berechtigt und im Sinne der historischen Forschung auch als erprießlich erscheinen. Ein Vergleichsmoment des gegenwärtigen mit dem siebenjährigen Kriege besteht darin, daß der siebenjährige Krieg den beiden Mächten, die sich jetzt als die entscheidenden Potenzen des Weltkrieges gegenüberstehen, nämlich England und Preußen, die Grundlage ihrer Weltstellung geschaffen hat. Aber der christliche Kontinent und die gesamte östasiatisch-pazifische Welt blieb vom siebenjährigen Kriege ebenso unberührt, wie im wesentlichen auch noch von den Napoleonischen Kriegen. Der östliche Kulturkreis und die westliche Welt wurden dann durch Indien und durch die große Handelsstraße nach Zentralasien verknüpft.

Einen engeren Zusammenhang auch in der staatlichen Gestaltung und eine weitbin reichende politische Wechselwirkung schufen die großen, von Zentralasien ausgehenden Völkerbewegungen und die aus ihnen hervorgehenden Reiche, die Wanderungen der Indostythen, der Hunnen, der Türken, vor allem das gigantische Weltreich Dschingis Khan. Es handelte sich hier um außerordentliche weltgeschichtliche Vorgänge, in denen — in gewissem Sinne ähnlich den heutigen Verhältnissen — ein gewaltiger Teil der Völker der Erde zeitweilig zu einer Einheit historischen Lebens zusammengefaßt wurde.

Als hauptsächlichsten Vorläufer des Weltkrieges im Altertum aber betrachtet Prof. Meyer den ungeheuren Kampf zwischen dem Perserreich und dem Hellenenium, der zwar kein Weltkrieg im Sinne der Gegenwart war, aber jedenfalls als die beste Analogie zu bezeichnen ist. Auch im Altertum war die Stellung zur See und die Seemacht für den Verlauf der großen Weltkämpfe entscheidend. Dies ist natürlich, da erst die See den Zusammenstoß der einzelnen kontinentalen Gebiete zu einer politischen Einheit schafft und das Ringen um die Macht ermöglicht. Darum sind die meisten großen Entscheidungsschlachten, bis zur Schlacht bei Actium hinab, Seeschlachten gewesen oder doch zumindest durch die Seestellung der kämpfenden Staaten wesentlich bedingt und oft erst ermöglicht worden. Zum erstenmal wurde der ganze Kreis der Mittelmeerländer von Spanien bis zum Indus zu einer einheitlichen Aktion zusammengefaßt in dem großen Kampf um die Erlangung der griechischen Nation, der im Jahre 480 ausgebrochen wurde. Xerxes bot alle Völkerkräfte seines Reiches zum Dienst in Landwehr und Flotte auf, die verbündeten Koalitionäre führten die in Afrika, Spanien und Südfrankreich, auf Sardinien und Korfu gewordenen Soldatenteile in den Krieg, und auch die Strußer nahmen auf dieser Seite an dem

Ringens teil. Eine Analogie findet sich auch darin, daß der Angriff der Perser nicht anderes als ein Versuch war, die gesamte griechische Nation unter der Herrschaft des weltumfassenden Reiches zu einigen.

Der Nährstoffbedarf der Kinder.

Auf Grund genauer Vergleiche über die den Kindern bis zum sechsten Lebensjahre und den Erwachsenen auf die Lebensmittellieferanten zugeleiteten Nährstoffmengen, ihren Gehalt an Nährstoffen und Nährwertigkeiten führt Pfandl in der Münchener Medizinischen Wochenschrift einige Vorschläge zur Herabsetzung und Verchiebung der Rationen. Nach den Feststellungen hält sich für das ganze Kleinkindesalter die Ration über den Bedarf, während im schulpflichtigen Alter die Ration zu den Bedarfswerten herabsinkt und nach dem 10. Lebensjahre hinter dem Bedarf zurückbleibt. Damit würde die Tatsache im Einklang stehen, daß im Gegensatz zu den Säuglingen und Kleinkindern, die Schulkinder, soweit sie sich an die Ration halten oder eine mehr als durchschnittliche Körperbewegung treiben, häufig in einem mit dem Alter steigenden Maße an Körpergewicht einbüßen. Während die Ration, die sich für Säuglinge auf einem mäßigen Ueberschuß über den Bedarf hält, für Kinder des zweiten Lebensjahres dann plötzlich auf reichlich das Doppelte des Bedarfs emporsteigt, um dann stufenweise bis auf die Ration, die für die Erwachsenen gilt, abzusinken, wäre es nach Ansicht Pfandlers richtiger, die Rationen nicht abfallen, sondern ansteigen zu lassen. Es sollen Kindern vom vollendeten ersten bis zum vollendeten vierten Lebensjahre die bisherigen Zulagen für das zweite Lebensjahr beibehalten werden und ihnen eine altersgemäß veränderte Lebensmittellieferante gegeben werden. Die so erzielte Einparung sollte dann den Kindern vom 6. bis 14. Lebensjahre zugute kommen. Ein Mehraufwand von Nahrung indogelant würde durch diese Neuordnung nicht bedingt sein, höchstens würde etwas mehr an Milch verbraucht werden, dafür aber weniger an anderen Lebensmitteln. Eine Abhilfe könnte nach Meinung von Pfandl durch eine klarere Erfassung der Milch an den Erzeugungsläufen geschaffen werden.

Unser Speisesalz als Wetterkürer.

Wer ein offenes Auge für die kleinen Naturerscheinungen hat, die uns dauernd umgeben, sei es an den in unseren Zimmern geheizten Blumen, an kleinen Aquarien und gar vielem anderen, sei es an lebenden, sei es an toten, organischen oder auch selbst unorganischen Wesen und Gegenständen, bemerkt mancherlei interessante und belehrende Beobachtungen zu machen, deren Verlauf auf die Dauer viel Freude macht und dem Beobachter selbst zu Nutzen ist.

In einer Reihe geradezu nützlicher Erfahrungen führt die tägliche, nicht einmal beachtete, sondern und ganz zufällig auftretende Beobachtung des Speisesalzes in unseren Salzbehältern. Bedient man sich eines mäßig großhörnigen, nicht allzu fehr verriebenen Speisesalzes, so kann man die Wahrnehmung machen, daß dieses ganz außerordentlich empfindlich für den Feuchtigkeitsgrad der Luft ist. Selbstverständlich selbst als vielmehr für den großhörnigen, durch die Windrichtung angebrachten Feuchtigkeitsgehalt der äußeren Atmosphäre. Mit der Sicherheit unserer feineren Aneroidbarometer ländet uns die Trockenheit des Salzes, die sich in der letzten Schichtbarkeit der auf das kleine Löfelfeld genommenen Menge zeigt, die Trockenheit der äußeren Atmosphäre schon zu einer Zeit, wo noch der Regen an die Fensterhänge schlägt; ändert uns so die Beschaffenheit des Salzes für die nächsten Tage das kommende trockene Wetter, umgekehrt vermag bei noch strahlendem Sonnenschein die zu feuchten Klümpchen geballte, bei hohem Feuchtigkeitsgehalt der Atmosphäre fest liegende, augenscheinlich feuchte Salzkruste den für den nächsten Tag oder noch für den Abend oder die Nacht kommenden Regen oder Schnee zu kündigen.

Gar manches Interessante kann folgendermaßen vor den feuchten Uebersichtungen einer zu unternehmenden Landpartie durch die einfache Feststellung aus dem Inhalt des Salzbehälters festgestellt werden. Die Naturbeobachtung ist immer dankbar, selbst im kleinsten.

Notizen.

Der Krieg als Sprachbereicherer. Das feinerzeit vielbesprochene Wort „Gott strafe England“ hat den Erfolg gehabt, den englischen Sprachschatz um ein neues, dem Deutschen entlehntes Wort zu bereichern. Das Wort „Strafe“ und sein Zeitwort „strafen“ sind heute unbestrittener Besitz der englischen Sprache, nachdem das offizielle „Oxford Dictionary“ das deutsche Wort als gleichberechtigtes Mitglied der englischen Sprachfamilie aufgenommen hat. Das Wort tauchte zuerst in der Soldatensprache an der englischen Front auf und ging von hier in die Spalten der Tagespresse über. Heute vernehmen es die Londoner Kinder.

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

„Acht, acht, Erbsenzug. Und Kohlrüben, Spinat, Erbsen, Bohnen; allerlei. Was soll man denn essen? Die Kartoffeln habe ich drin. — Gott sei Dank, daß wir so'n günstiges Frühjahr haben! Wenn meine Jungens mal auf Urlaub kommen sollten, kann ich ihnen doch wenigstens was vorsetzen. Meine Frau sagt: „Auf dem Markt ist's nicht mehr zu bezahlen!“ Unserer, der mit seiner Pension auszukommen hat, muß sich eben anderweitig Rat schaffen. Uebrigens bekommt mir die Landwirtschaft ausgezichnet.“ Der alte Herr mit dem weißen Haar hatte Farben wie ein junges Mädchen. Er lachte: „Das hätte mir früher einer sagen sollen, als ich noch auf meinem Dreifuß im Ministerium saß, daß ich hier einmal Mist spreiten würde! Aber Erbsenzug, es geht; es geht alles jetzt. Ich habe mir auch ein paar Gartenbänder angefaßt, an ihrer Hand behandle ich diese sandige Scholle. Sehen Sie mal, Erbsenzug!“ Er zeigte stolz auf die schon aufgegangenen Erbsen; die stöhnenden Strauchreihen standen bereits. Es ist wirklich interessant, dies Keimen und Werden zu beobachten. Ich hätte es früher nicht für möglich gehalten, daß einen das innerlich so beschäftigen kann. Es zieht glücklich von trüben Gedanken ab.“

Er blühte sich und blühte ein paar bescheidene Blümchen, die zwischen den Pfählen wuchsen. Galant überreichte er sie Lili. „Wenn meine Schwiegertochter es doch auch so tapfer trägt wie Sie, gnädige Frau!“ Er wollte Lili die Hand lassen.

Lili errödete tief; ach, wenn der alte Mann wüßte! Er würde sie nicht mehr bewundern. Nur weil ihr eine neue Hoffnung aufgegangen war, trug sie ihr Gewicht jetzt gelichter. „Trägt Ihre Schwiegertochter es so schwer?“ fragte sie leise.

„Sie ist noch immer ganz verzweifelt, so wie am ersten Tag, als unser Kestler mit der Prinz Adalbert unterging. Sie ist totet von stiel zu uns hergefahren, sie brachte uns die Nachricht; wir hatten ja keine Ahnung, wir glaubten ihn gerade auf einem Kommando an Land. Was haben wir ihr alles zum Trost gesagt! Sie hat doch den Kleinen. Er ist sechs Monat — ein prächtiges Kind!“ Der alte Herr kuschelte

ihm, über sein von der vielen Luft fridgewordenes Gesicht legte es sich wie ein bleicher Anhauch. „Ich fürchte, sie bringt meine arme Frau noch ganz mit herunter; die war ja merkwürdig tapfer. Unser Kestler war ihr Stolz; sie war noch so jung, als er geboren wurde, sie ist Kind mit diesem Ambe gewesen. Er war ihr nicht nur Sohn — der beste Freund. Er besprach alles mit seiner Mutter. Und sie mit ihm — mehr als mit mir.“ Ein liebenswürdig-bescheidenes Lächeln veränderte das alte Beamtengesicht. „Er war ja auch ein ganz besonders hervorragender Mensch.“

„Gibt es Ihren beiden Söhnen noch gut?“ fragte die Generalin.

„Ja, Gott sei Dank! Der zweite, der Artillerist, ist freilich an der russischen Ostfront, da geht nun auch eine Offensive los; aber die Russen sind ja nicht so schlimm. Unser dritter, der Kleine, der Infanterist, hat's ganz still bis jetzt an der Somme; wir können darüber wohl ruhig sein.“

„Gott gebe es!“ Die Generalin drückte ihm die Hand. „Was war der Älteste?“ fragte Lili, als sie weitergingen. „Was das so ein besonders hervorragender Mensch?“ Frau von Voigt lächelte leicht. „Ich habe ihn nie dafür gehalten. Er war Marineingenieur, hat ganz besonders früh und immer glatt seine Gramina bestanden, das war natürlich für die Meeen sehr viel. Sie haben sich quälen müssen, drei Söhne studieren zu lassen. Ich glaube, die gute Frau hat sich manchmal nicht sattgelesen. Die Dienstmädchen hielten immer nicht aus bei ihr. Ein Vergnügen haben sie sich jedenfalls niemals gegönnt, kein Theater, keine Reise. Alles nur für die Söhne. Wenn die beiden ihnen nur erhalten bleiben!“

Lili machte ein ernstes Gesicht Ihre Gedanken flogen zu Vertholdis: da waren ja auch zwei Söhne im Feld. Weiter hatte sie die junge Frau gesprochen, die hatte schon ziemlich lange keine Nachricht von ihrem Mann vor Berdan, und er hatte bisher doch so regelmäßig geschrieben. „S ist Spetter“, sagte Anemarie. „Auch daß ich schon darauf vorbereitet.“ Aber man merkte auf dem hübschen, feischen Gesicht doch eine gewisse Unspannung. Und der andere? Oh, lieber Gott! Lili schloß die Augen, wenn sie an Heinz dachte: der floh bei Japanne!

Was konnte sie dafür, daß ihre Gedanken immer mit ihm flogen? Wie im Traum ging sie neben der Mutter her, es

war ihr jetzt manchmal so, als wäre sie wieder das junge Mädchen, das mit der Mutter seinen Spoziergang machte. So brav, so wohlgezogen. Und doch innerlich wie anders! In ihren Gedanken ein leidenschaftliches Vergehren, eine himmelstürmende Sehnsucht. Wenn das jemand wüßte!

Sie schrak zusammen. Ein Karren stand quer über dem Feldweg, das „a“ eines Fieles schrie sie an. Es war ein kleines struppiges Tier mit einem Fell, in allen Schattierungen von Grau und Braun, und so ruppig, als hätte ein Wolf sich darüber bergemacht und darin gerauft. Aber das Tier hatte ein Gesicht, als ob es sprechen könnte, seltsam ernsthafte Augen. Lili fuhr im Vorübergehen mit streichelnder Hand über das verhasste Fell.

Da lagte der Ackerbürger, der Mist vom Karren ablad: „Der hat doch schon was mitgemacht, meine Damens! Wat flooben Se wohl, der hat Munition gefragt, hoch uff die Berge. Wat hier Sand is, is da allens Berge. Der kommt aus Tirol.“ Das sagte er nicht ohne Stolz, und der Blick, den er dabei von der Seite seinem Fiel gab, war freundlich.

Es durchzuckte Lili?! Sie wäre am liebsten weitergegangen: von Tirol, wer sprach hier von Tirol?! Sie wollte nicht erinnert sein. Da war ja ein Grab — nun mußte sie gleich wieder daran denken, es tat ihr weh. Und doch fragte sie: „Wie kommt das Tier denn bis hierher?“

„Der Mann schauwelle, er fuhr sich mit der Hand unter der Nase her: „Ja, wissen Se, ich bin ja man bloß 'n kleiner Mann, soviel Feld hat unierens nich Müßig, um sich gleich wieder 'n Pferd zu kaufen. Meind Jda haben se mir dazumal abgenommen — viel faugte sie ja nich mehr, sie war schon alt, aber mir war se noch viel wert. Da hat mir mein Sohn geschrieben: „Vater, weichte“ — der war nämlich bei den Doffereidern, da im Gebirge, in Tirol — hier sind viele Fiel. Wenn ich einen kaufen kann, kriegste mal einen mit 'n Transport.“ Ja, 'n juler Sohn — Unteroffizier — mein Friße, oh ja. Ru is er wach mehr.“ Er fuhr wieder unter der Nase her und schauwelle. Seine kleinen, vom Staud des Aekers geröteten Augen blinzelten starr geradabaus, er sah den Damen nicht ins Gesicht.

Auch sie blinzelte geradeaus, sie wagten den Mann nicht anzusehen, — was hätten sie ihm auch sagen sollen? Wieder so ein Vater, der, alt und müde, übrig blieb, während der lebensfrische Sohn vorausgegangen war! (Fortf. folgt.)

Keinem Kreise, wie Herking sie nach Landdownes Meinung haben möchte, nicht erzielen, dann bleibe nichts anderes übrig, als die öffentlichen Reden über den Kanal und über den Ozean hin fortzuführen. Auch das ist nicht zwecklos. Landdowne fährt fort, daß er nicht einsehen könne, warum diese Besprechungen nicht erfolgreich fortgeführt werden könnten, oder warum man nicht vorzuschlagen sollte, daß sie in vertrauliche Beratungen übergingen. Die Rückgabe von Belgien sei natürlich auch entsprechend den Auslassungen Wilsons der „heißende Faktor“. Ein deutscher Staatsmann nach dem anderen habe jede Politik der Erörterung und Einberlebung in Frage gestellt. Die Schwierigkeiten der Verständigung würden auch dadurch viel größer, wenn die Engländer Forderungen vorbrächten, die Gebiete von der einen auf die andere Macht übertragen. Solche Schwierigkeiten ergaben sich hinsichtlich Elfaß-Lothringens und hinsichtlich der italienischen Forderungen nach einigen Gebieten von Oesterreich, sowie angeht die britischen Ansprüche auf Teile der Türkei.

Neue Kriegspropaganda in Russland.

Die Lage in Finnland.

Kopenhagen, 4. März. Der nach Finnland entsandte Sonderbotschafter des „Socialdemokraten“ ist in Helsinki eingetroffen und drastet, der Kommandant der Festung Sveaborg, der russische Oberst Sievers, habe ihm erklärt, daß die russischen Soldaten sich bisher im finnischen Kampf neutral verhalten, ausgenommen nur einige tausend. Die Sachlage würde sich aber ändern, wenn es Rannerheim gelingen sollte, den Vormarsch durchzuführen. Die Russen würden dann wie ein Mann für die Verteidigung von Helsinki und Wiborg eintreten. Wenn Rannerheim glaube, das Spiel gewonnen zu haben, wenn er die finnische Rote Garde besiegt habe, so trete er sich. Sveaborg sei gerüstet, es mit der Weißen Garde aufzunehmen. Hinter den Gehäusen der Festung und der Flotte händen 70 000 Soldaten und Matrosen.

In Regierungskreisen herrsche Mißverständnis bezüglich der Intervention Schwedens in der Alandsfrage. Die schwedische sozialistische Abordnung reise nach mit Sonderzug an die Front ab und hoffe dort einzutreffen, ehe die Rote Garde die Offensive begonnen habe. Zahlreiche Arbeiterfrauen sind in die Rote Garde eingetreten.

Die Engländer verlassen zu Hunderten Petersburg infolge der herrschenden Lage. Aus Kiew trafen tausende Bolschewiki in Helsinki ein. Eine Anzahl von ihnen reiste nach Russland weiter. In Petersburg agitieren sozialrevolutionäre, anarchistische und kommunistische für den Krieg. Die Sozialrevolutionäre verlangen, daß die Regierungsmacht an die Reichsduma übergeben soll. Die Anarchisten bilden Bataillone für den Krieg, die schwarze Fahnen führen. Ein allgemeines Volkswirtschaftsrecht tritt am 8. März zusammen. Der erste Punkt der Tagesordnung ist die Revision des Parteiprogramms. Auf der Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am letzten Freitag wurde ein Antrag auf teilweise Beschlagnahme der bürgerlichen Vermögen zugunsten der Arbeiter- und Soldatenräte eingebracht. Stroschewitsch hat berichtet, daß die Rote Garde die allgemeine Wehrpflicht in Finnland eingeführt habe. In Helsinki ist alles ruhig.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 4. März. Neue U-Bootsfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 16 500 Br.-Keg.-T. Unter den Schiffen befanden sich zwei veritable Tiefbeladene Dampfer von 7000 und 6000 Br.-Keg.-T., die an der Westküste Englands verankert wurden. Einer derselben hatte, aus der besonders schweren Detonation, die dem Torpedotreffer folgte, zu schließen, Munitionsladung an Bord. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ueber das am 17. Januar bei den Kanarischen Inseln stattgehabte U-Bootsgefecht mit einem englischen U-Bootsführer, wonach die beiden U-Boote „291“ und „296“ vernichtet worden seien, erzählt die „Köln. Ztg.“ durch ihren Mitarbeiter: Tatsächlich ist ein unterer U-Boot in der Nähe der Insel Ferro (Kanarien) von einem englischen U-Boot feindlich angegriffen worden. Von vier aus nächster Nähe abgeschossenen englischen Torpedos traf in dessen nur einer und dieser detonierte nicht, so daß das deutsche U-Boot seine Unternehmung wohlbehalten fortsetzen konnte. Beim „Schneeklöcher“ vor dem plötzlichen Angriff konnten zwei Mann der Besatzung nicht mehr rechtzeitig das Bootsinne erreichen, schwammen an Bord und wurden nach freundlicher Aufnahme durch die spanischen Inselbewohner nach Las Palmas gebracht, wo sie der dort internierten Besatzung des Hilfskreuzers „Kronprinz Wilhelm“ zugeteilt worden sind.

Kleine Kriegsnachrichten.

Das Fort de la Pompelle, ein südlich Reims gelegenes, in das feindliche Grabenstern einbezogenes Ausfallort verfallener Standort, das im Laufe des Stellungskrieges zu einem starken Stützpunkt eingerichtet war, wurde nach dem Herabbericht vom 2. März erklammert. Der Gefestungsbericht vom 2. März lacht den Aufsteig an zu erwidern, als hätten die Franzosen das Fort wieder genommen und ihre Linie wieder hergestellt. Diese Darstellung ist falsch! Das Fort wurde von unseren Truppen schon in der Nacht vom 1. zum 2. März zur vorausbestimmten Zeit wieder geräumt. In absehbarer Zeit kann es nach der gründlichen Zerstörung nicht wieder hergestellt und als Stützpunkt benützt werden.

Haushaltsauschuß.

Der wieder aufgetauchte Helfferich und andere „ehrenamtliche Mitarbeiter“.

Der Hauptausschuß verhandelte am Dienstag über den Etat des Reichswirtschaftsamts. Das Amt erfordert einen ganz besonders großen Etat von Beamten, die jedoch, wie der Referent, Abg. Gode, auseinandersetzt, bei dem ungeheuren Aufwands der neuen Reichsamts durchaus notwendig sind. Der Referent bemängelt aber, daß man das Wohnungswesen in ein häßliches und ländliches geteilt habe, von denen das eine dem Reichswirtschaftsamts, das andere dem Reichsamts des Innern unterstellt sei. Dies müsse geändert werden. Hierüber entspann sich eine längere Debatte. Die Abg. Geyerberg und Dowe stimmten dem Referenten bei, während der Staatssekretär v. Stein die Forderung verteidigte. Eine andere Wendung nahm die Debatte, als sich Abg. Graf Caspary danach erkundigte, wie denn eigentlich die Stellung des Herrn Dr. Helfferich auszufallen sei. Dieser unterzückte seinem Reichsamt und habe offenbar auch keine Verantwortung zu tragen. Hierauf erwiderte der Staatssekretär v. Stein, daß Dr. Helfferich seinem Vorgesetzten nicht unterstehe. Der Reichsanwalt habe Dr. Helfferich beauftragt, die Vorbereitung für die wirtschaftlichen Fragen zu treffen, die mit dem Frieden mit Russland und mit Rumänien zusammenhängen. Mit diesem Befehl war jedoch die Kommission keineswegs zufrieden. Zunächst brachte Abg. Stülken (Soz.) noch eine weitere

Beschwerde vor. Er fragte an, ob es richtig sei, daß im Reichswirtschaftsamts

angelegte der Industrie als ehrenamtliche vortragende Räte beschäftigt werden. So habe man den Syndikus der Augsburger Handelskammer, Hofrat Böttner, als ehrenamtlichen vortragenden Rat in das Reichswirtschaftsamts berufen. Dieser Herr sei gleichzeitig Syndikus der Handelskammer in Augsburg, außerdem Geschäftsführer der Vereinigung der Baumwoll-Industriellen und zu allem auch noch Vertrauensmann für die Textilindustrie im Kriegsministerium. Die Folge dieser Tätigkeit war, daß die oberfränkische Textilindustrie nahezu vollständig stillgelegt wurde im Gegensatz zu der schwäbischen Textilindustrie, der Herr Böttner sehr nahe steht und die zum größten Teil vol beschäftigt weiter arbeiten konnte.

Hierauf vermachte der Staatssekretär nur sehr ausweichend zu antworten, daß er die ehrenamtlichen Mitarbeiter mit übernommen habe und die Verantwortung für sie trage. — Auch diese Auskunft befriedigte nicht. Der Zentrumabgeordnete Maner-Kaufbeuren fand, daß die Stellung Dr. Helfferichs durchaus nicht klar sei. Der Staatssekretär umschrieb diese Stellung folgendermaßen: Herr Dr. Helfferich ist Gehilfe des Reichsanwalts und hat von diesem einen besonderen Auftrag erhalten, den er unter Verantwortung des Kanzlers zu erfüllen hat.

Abg. Stülken (Soz.): Die Stellung der ehrenamtlichen Beamten bedarf noch sehr der Klärung. Die angestellten Beamten üben eine verantwortliche Tätigkeit aus, bei den parallel gestellten Ehrenbeamten sei das nicht der Fall. Ueber den Hofrat Böttner sind bereits lebhaft Klagen aus Bayern gekommen. Jedenfalls sei die Bevorzugung der Textilindustrie in Augsburg außerordentlich auffallend gegenüber der Tatsache, daß die Textilbetriebe in Oberfranken stillgelegt seien, seitdem Böttner seine Tätigkeit angetreten habe. Diese ehrenamtlichen Beamten müßten streng darauf sehen, daß ihnen nicht der Vorwurf gemacht werden könne,

nachstehende Kreise bevorzugt

zu haben. Daß Vertreter der Industrie notwendig seien, sei unbestritten, aber auch Arbeiter müssen hinzugezogen werden. Wenn wir nun das Problem der Wiederbeschäftigung solcher Massenmassen zu lösen haben, die aus dem Felde zurückkehren, so muß auch der Rat der Arbeiter eingeholt werden.

Staatssekretär v. Stein erklärt, er trage die Verantwortung für die Tätigkeit dieser ehrenamtlichen Beamten. Er wisse, daß die Verantwortung außerordentlich groß sei. Aufträge verteile das Reichswirtschaftsamts nicht, das sei Aufgabe des Kriegsamts. Arbeitervertreter sollen zu den Sachausschüssen hinzugezogen werden; bei der Auswahl dieser Arbeitervertreter werden politische Gründe nicht maßgebend sein.

Abg. Stülken erklärt, daß die Antwort des Staatssekretärs keineswegs befriedigend sei. Diese ehrenamtlichen Beamten arbeiten doch keineswegs etwa am Gotteslohn, sie werden ganz bestimmte Interessen bei ihrer Tätigkeit im Auge haben, und darin liegt die große Gefahr, daß Benachteiligungen bestimmter Kreise eintreten. Jedenfalls sei die Zurückziehung der oberfränkischen Textilindustrie außerordentlich auffällig, und es werde nicht bestritten werden können, daß das im wesentlichen auf den Einfluß des Hofrats Böttner zurückzuführen sei. Daran ergebe sich vor allen Dingen, daß man in der Auswahl dieser ehrenamtlichen Vertreter außerordentlich vorsichtig sein müsse, und es sei ganz unverständlich, weshalb nicht auch die große oberfränkische Textilindustrie mitvertreten sei.

Staatssekretär v. Stein verteidigte nochmals seinen Standpunkt und fand einen Helfer in dem Handelsführer Dr. Niefer, der die Tätigkeit industrieller Interessenten in Amtskreisen schon und gut findet. — Aufstellungen des Abg. Gode-Rochhausen (U. Soz.), der von der Tätigkeit Helfferichs noch den bisher mit diesem Herrn gemachten Erfahrungen die Entsendung einer Nebenregierung im Reichswirtschaftsamts befürchtet, veranlaßten den Staatssekretär, nochmals auf die Stellung des Herrn Helfferich einzugehen. Helfferich habe kein Amt im eigentlichen Sinne und beziehe kein Gehalt, er könne auch auf keinen Fall in die anderen Kreise hineineben.

In der weiteren, sehr ausgedehnten Debatte tauchte das Thema Helfferich noch des öfteren auf. Der Abg. Jarrel (U. Soz.) führte lebhaft Beschwerde über die Stilllegung in der Textilindustrie, in der nicht weniger als 16 000 Betriebe zum Stillstand gekommen sind. Die Interessenten der Arbeiter würden hierbei nicht gewahrt. — Der Staatssekretär versprach demgegenüber nochmals die Berufung von Arbeitern in die Sachausschüsse.

Was geforderte Personal für das Reichswirtschaftsamts wurde schließlich bewilligt, ebenso der Rest des Etats. Bei den Petitionen wurde eine Petition, die Entschädigung der Arbeiter für Feiertage infolge Kohlen- oder Materialmangels fordert, zur Erwägung überwiesen.

Helfferich schwimmt also wieder auf der Oberfläche. Für seine Verhältnisse war er auch schon viel zu lange unangebracht. Dabei braucht dieser Mann doch wirklich nicht um seinen Ruhm besorgt zu sein, denn:

Ruhst seines Amtes man ihn auch entbehren,
Für seine Wirksamkeit hat doch den Lohn er:
Im Mund der Nachwelt wird er ewig leben —
Als Sohlenhauer!

Abgeordnetenhaus.

Die Verkehrsverkeuerung.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Dienstag, bevor es an die eigentliche Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung ging, mit dem Gesetzentwurf über die Erhebung von Zuschlägen im Güter- und Tierverkehr. Es liegt in der Natur der Sache, daß hierbei auch die Frage der Verteuerung des Personenverkehrs gestreift wurde. Wie aus den Verhandlungen hervorgeht, beabsichtigt die Verwaltung, vom 1. April ab die Fahrpreise in der Weise zu gestalten, daß für Reisen in Schnellzügen Klassen der nächst höheren Wagenklasse genommen werden müssen. Bedenkt man, daß am 1. April so wie so eine Erhöhung der Fahrpreise eintritt, so ergibt sich daraus, daß das Reisen dann etwa ebenso teuer sein wird wie heute, wo jeder Reisende zwei Klassen zu lösen verpflichtet ist. Der Minister bestritt, daß es sich um eine fiskalische Maßnahme handle, aber daß in Wirklichkeit in erster Linie die Rücksicht auf die Finanzen hierfür ausschlaggebend gewesen ist, wird er kaum widerlegen können. Auf die für später in Aussicht gestellte Tarifreform darf man keine zu großen Hoffnungen bauen, denn was der Fiskus einmal hat, das gibt er erfahrungsgemäß nicht gern wieder heraus. Bedauerlich ist es, daß die Regierung die Personentarife allein feststellen darf, ohne daß der Landtag ein Recht hat, mitzureden.

Der Erhebung von Zuschlägen im Güter- und Tierverkehr, die etwa 15 Proz. ausmachen, stimmten die Redner der bürgerlichen Parteien zu. Den Sozialdemokraten war es nicht möglich, ihre Stellung dazu zu äußern, da ihnen kein Platz auf der Rednerliste eingeräumt wurde. Die Mehrheit steht auf dem Standpunkt, daß nur abwechselnd ein Unabhängiger und ein Vertreter der Partei zum Wort kommen soll, und sie beharrte bei dieser ihrer Ansicht, obwohl Genosse Braun ihnen nachdrücklich vor Augen führte, daß beide Fraktionen zwei völlig getrennte Parteien vertreten. Allerdings sind sie bereit, diese

Frage nochmals im Reichsausschuß zu prüfen. Viel versprechen wir uns davon nicht, da der Reichsausschuß bisher unsere dahingehenden Forderungen stets abgelehnt hat.

Das Haus begann dann noch die Beratung der Eisenbahnneinnahmen, doch wurde die Debatte darüber noch nicht zu Ende geführt.

Die „Ala“.

Politik oder Geschäft?

Das „Verl. Tagebl.“ hat sich in letzter Zeit verschiedentlich mit der „Ala“ beschäftigt, jener schmerndlichen Inseratenagentur, deren Zweck es ist, gestimmungsbüchtige Blätter in der harmlosen Form von Anzeigenaufträgen finanziell über Wasser zu halten. In seiner Abendausgabe von gestern teilt das „V. T.“ mit, daß ihm von der „Ala“ eine „Berichtigung“ zugegangen ist, in der sie versichert, sich auf die „rein geschäftliche Vermittlung von Inseraten“ zu beschränken ohne politische Nebenabsichten.

Am Abend desselben Tages erschienen zwei Berliner Blätter mit riesengroßen Inseraten, in denen sich die „Ala“ selbst geschäftlich in Erinnerung bringt. Und welche Blätter waren es? Die „Deutsche Zeitung“ und der „Deutsche Kurier“. Das diese Inserate, deren jedes einige hundert Mark schwer ist, gerade zwei Blättern von ausgesprochen konservativer Richtung zugeföhrt wurden, ist natürlich reiner Zufall, denn für die „Ala“ gibt es nur rein geschäftliche Vermittlungen ohne politische Nebenabsichten. Es wäre denn, die „Ala“ hätte bloß sagen wollen, daß für ihre Auftraggeber die Bevorzugung einer bestimmten politischen Richtung eben auch nichts als reine Geschäftssache ist.

Ihr Vaterland muß immer noch größer sein!

„Inflant“ und Marokko.

Daß die deutsche Regierung bei ihren Abtrennungen von Russland sehr bescheiden gewesen ist, sollte niemand behaupten. Die Alldeutschen finden es. In der „Deutschen Zeitung“ weist der baltische Baron Vietinghoff-Scheel auf das Land hin, das wir unbedingt noch von Russland haben müssen. Dieses Land heißt — „Inflant“. Der Leser bemähe sich nicht an den Atlas. Er wird auf diesem das Land Inflant ebenso wenig finden wie das Land Orplid des Dichters Eduard Mörike. Aber Herr von Vietinghoff belehrt uns, daß das Land Inflant einmal im 13. Jahrhundert existiert hat. Heute heißt es allerdings Njesbja. Aber um das Jahr 1300 hat auch dort einmal der Deutsche Orden geherrscht (wenn auch nur für sehr kurze Zeit) und das Land Inflant geheißen. Also heraus mit Inflant! — diesem selbstverständlich deutschen Land. Doch auch Inflant ist Herrn v. Vietinghoff noch zu wenig. Er schreibt:

Es ist nun dringend erwünscht, daß auch das sogenannte Weichland vom moskowitzischen Russland abgegliedert wird. Gewichtige Gründe lassen es sehr unerwünscht erscheinen, das künftige Großrußland irgendwo nach Westen hin über die Weipus-Dnjeprlinie hinüberzuverlegen zu lassen.

Wir empfehlen Herrn v. Vietinghoff folgende Theorie: Im 10. Jahrhundert ist ganz Russland von dem Fürstentum der normannischen Wägenier unter Rurik und seinen Nachfolgern beherrscht worden. Die Normannen aber waren Germanen. Ergo ist ganz Russland deutsches Gebiet. Es bleibt daher nichts weiter übrig, als bis mindestens an den Ural, wenn nicht bis Wladiwostok zu annektieren.

Endlich hat sich auch der Alldeutsche gefunden, der das lange von den Alldeutschen vergessene Kriegsglied wieder ausgegraben hat: Marokko! Es ist der Reichsverbandsgeneral v. Liebert. Wir haben immer schon unsere stille Freude daran gehabt, wie dieselben Alldeutschen, die während der Marokko-Krise den Westkrieg von Marokko als alldeutsches Lebensinteresse aufdrückten und einen Krieg um Marokko führen wollten, während 3/4 Kriegsjahre auf dieses angebliche Lebensinteresse Deutschlands mit keiner Silbe zurückgekommen sind. Jetzt endlich ist die Erinnerung wiederkehrt. Warum müssen wir Marokko haben? Antwort: Erstens, wir hätten doch vor ein paar Jahren beinahe einen Krieg darum geführt, also muß es doch was wert sein. Zweitens, als Ansiedlungsland! — Falls sich alle Alldeutschen nach dem Krieg in Marokko ansiedeln wollen, haben wir gegen den Entwurf dieses Landes beinahe nichts einzuwenden.

Das möchte ihnen so paffen!

In der „Neuz-Postung“ reißt sich ein gewisser Herr Ernst an dem Artikel Scheidemanns, den wir im letzten „Sonntag“ veröffentlichten. Nach einer Einleitung, die beweist, daß Herr Ernst jeden Gefühls für Humor vermag, fährt er fort:

Aber erst ist, was Herr Scheidemann sonst noch mitteilt: Ein Weislicher erklärt eine Rede des Abg. Scheidemann für so schön und so wahr, daß er sie seiner Gemeinde vorzulesen habe. Ein Offizier: „Endlich einmal energische Worte, denen ungezählte Millionen begeistert zustimmen.“ Ein Hauptmann fordert zu noch größerer Entschiedenheit auf im Kampfe gegen die Anarchisten und Reaktionäre.

Wie heißt der Weisliche, der „Offizier“, der Hauptmann? Da diese Herren ihre Namen nicht verheimlichen, wird Herr Scheidemann sicher die Erlaubnis erhalten, sie noch nachträglich bekannt geben zu dürfen; dann erst wird man ihre Aussagen richtig bewerten können.

Das freundliche Interesse der Konservativen für die Namen dieser Offiziere und Weislichen erscheint uns nur allzu verständlich. Wie schön wäre es doch, wenn man ein wenig maßregeln und beherrschen könnte! Aber wir wollen Herrn Ernst mitteilen, daß nicht nur Genosse Scheidemann, sondern auch der „Vorwärts“ zahlreiche ähnliche Zuschriften von Weislichen und Offizieren erhält. Verschiedentlich haben uns Weisliche erklärt, daß die Faltung des „Vorwärts“ im Kriege — im Gegensatz zu der der Alldeutschen — allein dem Geiste und der Würde des Christentums entspricht. Was uns aber die Offiziere gefassten haben, das kann Herr Ernst einmal nach dem Kriege erfahren.

Eine zeitgemäße Anfrage.

Schließen auf den Straßen.

Die Verlust sozialdemokratischen Abgeordneten Richard Fischer, Robert Schmidt und Wilhelm Sjaanusch haben im Reichstag folgende Anfrage eingebracht:

Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß in längerer Zeit wiederholt an belebten Stellen des Berliner Stadtbezirks von militärischen Begleitmannschaften auf Soldaten, die sie zu transportieren hatten, bei Sturmwinden geschossen worden ist und daß ein vierjähriges Kind das Opfer einer solchen Schießerei geworden ist?

Was beabsichtigt der Herr Reichsanwalt zu tun, um die militärischen Stellen zu veranlassen, die in Betracht kommenden Begleitmannschaften von Besonderestransporten so zu ändern, daß Gesundheit und Leben der Bevölkerung durch Schießen auf Straßen und Plätzen nicht mehr gefährdet wird?

